

Volksstimme

Einzelpreis 20 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannitz & Co. Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 2204 bis 2207. — Postzeitungsliste: Nachtrag, Seite 110. — Preis: Monatslich 2,00 Mark, Abnehmer 1,50 Mark. Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig.

Anzeigenspreise: Die 10gespaltene 27 Millimeter breite Normzeile kostet 20 Pf., auswärts 20 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 12 1/2 Pf., Vereinskalender 30 Pf., die dreigespaltene 30 Millimeter breite Zeile kostet 100 Pf., auswärts 150 Pf., Abat geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Platzvorbehalte keine Gewähr. Erfüllungsort: Magdeburg, Postfach Nr. 123 Magdeburg.

Nr. 68.

Magdeburg, Sonntag den 21. März 1926.

37. Jahrgang

Die im Schatten welken.

Rettet die Kinder!

Monatlich zweimal liest man in Deutschland die Veröffentlichungen des Reichsarbeitsministeriums, die seit geraumer Zeit von nicht weniger als 2 000 000 unterstützten Erwerbslosen berichten. Wieviel Elend diese Zahlen bergen, sagen die knappen und dünnen Berichte der Bureaukratie nicht. Deshalb halten wir es für angebracht, an einem ärztlichen Gutachten, das uns vom Deutschen Textilarbeiterverband zur Verfügung gestellt wird, zu zeigen, wie katastrophal die Auswirkungen der Krise auf die Arbeiterklasse und deren Angehörige sind.

Es handelt sich um einen Bericht des Stadtarztes Dr. Jungling in Sagan, den dieser im Februar 1926 an die Stadtverwaltung gerichtet hat. Wir geben ihn seiner Wichtigkeit wegen und auf Wunsch der Stadtverwaltung Sagan ohne jede Kürzung wieder:

Die im Jahre 1925 besonders im Textilgewerbe dauernd herrschende Arbeitsknappheit hat in den Hauptfabriken der Stadt Sagan dazu geführt, daß fast das ganze Jahr hindurch verkürzt gearbeitet worden ist. Diese dauernde Kurzarbeit war bei den ohnehin schlecht bezahlten Textilarbeitern von katastrophaler Wirkung auf die Lebenshaltung. Verschlimmert wurde die Lage noch durch den nach wie vor sehr großen Wohnungsmangel, der zur Ueberfüllung der meisten Wohnungen der Arbeiterbevölkerung wie zur Benutzung gänzlich ungeeigneter Räume zum Wohnen führte. Damit ist der

Ausbreitung der Tuberkulose

wie aller andern ansteckenden Krankheiten Lir und Lox geöffnet und die feuchten, lichtlosen und schlecht zu lüftenden Wohnungen tragen wesentlich zur Entstehung der Rachitis und Spasmodie (Krämpfe) bei. Die genannten Krankheiten des Kindesalters haben nach fachärztlichem Urteil in Sagan erschreckend zugenommen. Auch ich habe in den Säuglings- und Kleinkindersprechstunden den Eindruck gewonnen, daß etwa zwei Drittel der mir dort vorgestellten Kinder in Gefahr sind, rachitisch zu werden, es schon sind, oder Zeichen überstandener Rachitis vom Quadratschädel und Kollenz bis zu schweren Verkrümmungen an sich tragen. Die Mehrzahl aller Kinder ist so zart, daß ihre Widerstandskraft gegen ernstere Erkrankungen, besonders Tuberkulose, nur sehr gering sein kann.

Meine Ratschläge für eine zweckmäßigere Ernährung der Kinder werden häufig von den Eltern mit dem Hinweis auf die soziale Lage für undurchführbar erklärt, auch wenn es sich um sehr einfache Maßnahmen handelt. Die Kinder müssen essen, was wenig kostet, nicht was ihnen zuträglich ist. Bei der ausgebreiteten Arbeitslosigkeit trifft man auf derartige Verhältnisse nicht nur in der Arbeiterbevölkerung, sondern auch in vielen Familien des Mittelstandes. So erklärt sich, daß zur Einschulung bestimmte Kinder von einem Gewicht von 13 bis 16 Kilogramm (Normalgewicht für Kinder von 3 bis 4 Jahren) keine Seltenheit sind. Auch die Größenentwicklung ist wesentlich unter dem Normalmaß.

Die bereits eingeschulten Kinder dieser Kategorie sind

müde, schlaff und kommen schlecht fort.

Die ihnen gebotene eintönige Kost ekelt sie an und die ungenügende Nahrungsaufnahme befördert weiteres körperliches, wie geistiges Zurückbleiben. Auch hier liest in der Elternsprechstunde mein Rat einer abwechslungsreicheren ausgewählten Kost oft auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten durch die finanziellen Verhältnisse. Auch jetzt finden sich immer wieder Kinder, die ohne gefrühstückt zu haben, oder ohne zweites Frühstück zur Schule gehen müssen. Bei andern besteht das Mittagessen aus Brot und Kaffee. Die Bekleidung ist vielfach jämmerlich und bietet keinen Schutz gegen die Winterkälte. Kinder, die nur ein Hemd und ein Paar Strümpfe besitzen, sind keine Seltenheit, andre müssen im kalten Winter in Holzspanntoffeln gehen. Auch dies fördert das Zurückbleiben der Kinder.

Unter den Kindern, die diese Ostern die Schule verlassen, sind nicht wenige von der Größe eines 11jährigen, dem Gewicht eines 10jährigen. Es nimmt daher nicht wunder, wenn eine beträchtliche Zahl der Abgehenden das Schulziel nicht zu erreichen vermochte, sondern aus einer tieferen Klasse (bis herunter zur 4. Klasse = 4. Schuljahr, Normalalter am Ende dieses Schuljahres = 10 Jahre) entlassen werden muß.

Aber auch die Kinder, die das Schulziel zu erreichen vermögen, sind trotz der herabgesetzten Ansprüche den Anforderungen der Schule durchaus nicht alle völlig gewachsen. Das beweist mir u. a. die große Zahl der unter 100

schmerzen und ähnlichen Beschwerden leidenden Schüler und Schülerinnen der obern Volksschulklassen, ebenso auch die, wie ich feststellen mußte, sehr große Zahl der Salungsschwachen jedes Grades. Selbst die Gewährung einer Erholungskur genügt nicht immer zur Erzielung einer dauernden Festigung der Gesundheit der Kinder. Bei meinen monatlichen Nachuntersuchungen der von der Stadt Sagan im Vorjahr in Erholungsheime verschickten Kinder muß ich feststellen, daß der erreichte gute Erfolg nicht standhält, sondern von Monat zu Monat sich deutlich verringert.

Die gleiche Beobachtung, wie ich auf körperlichem, machen die Lehrer der betreffenden Kinder auf geistigem Gebiet. Allen ist nur durch wiederholte Zuwendungen gründlich aufzuhelfen. Bei den derzeitigen Verhältnissen ist das aber unmöglich, da zurzeit in Sagan nicht einmal alle dringend kräftigungsbedürftigen Kinder auch nur einmal berücksichtigt werden können. Die Aussichten dieser Kinder für das Berufsleben sind trübe, ihrer geringen Leistungsfähigkeit entsprechende geringe Erfolge im Lebenskampfe und frühzeitige Invalidität wird ihr Los sein.

Sie bedeuten daher für die Allgemeinheit weniger einen Kraftzuwachs als eine Vermehrung der sozialen Lasten.

Was für die Kinder gilt, trifft auch für Jugendliche und Erwachsene zu. Die größte hiesige Krankenkasse berichtet von einer außergewöhnlich hohen Krankenfrequenz, die das 2½fache der Vorkriegsziffer betrage und deren weiteres Anwachsen zu erwarten ist. Die Zahlen fallen um so mehr ins Gewicht, wenn man beachtet, daß sie vor dem hohen Anwachsen der Erwerbslosigkeit errechnet worden sind, daß also nicht der bekannte Gang der Erwerbslosen zur Krankmeldung sie mitverursacht hat. Da die betreffende Klasse alle Berufe und Schichten umfaßt, sprechen ihre Angaben dafür, daß der Gesundheitszustand der Bevölkerung ganz allgemein ein schlechter ist. Das bestätigen die Mitteilungen der hiesigen Ärzte. Auch sie finden, besonders bei den Kindern und Frauen, einen

hohen Prozentsatz von Unterernährung

und stellen fest, daß sich Gesundheit und Ernährungsstand der Bevölkerung, und zwar auch des Mittelstandes, und besonders bedrohlich in den letzten Monaten gegen das Vorjahr deutlich verschlechtert habe.

Der Arzt wird nur in dringenden Fällen in Anspruch genommen, da auch für den Krankenpatienten jeder Krankheitsfall mit Ausgaben verbunden und der Verdienstausfall durch Krankheit kaum zu ertragen ist. Der Arzt sieht oft ein erschütterndes Elend. Ein Kollege äußerte sich wörtlich: „Not und Elend erscheinen mir in den letzten Monaten wieder besonders groß und so manchem (ich schätze 50 Prozent der Krankenpraxis) hätte ich besser helfen können, wenn ich neben dem Rezept noch ein Säckchen Lebensmittel hätte mitgeben können.“

Besonders erschreckend ist die Zunahme der Tuberkulose. In gleicher Weise bestätigen dies die praktischen Ärzte, die leitenden Ärzte der Krankenhäuser, die Fachärzte. So spricht die Kinderärztin von einer deutlichen Zunahme der aktiven Tuberkulose im Kindesalter gegenüber dem Vorjahr, der Facharzt für Halskrankheiten von einer solchen der Kehlkopftuberkulose. Der bisherige Leiter der Tuberkulose-Fürsorgestelle erklärte mir, daß seine Tätigkeit sehr stark dadurch behindert werde, daß er immer wieder auf die ungeheure Notlage der betreffenden Familie stoße, so daß seine Ratschläge bezüglich der Pflege und Ernährung fast wie Hofn wirken mußten.

Ist so der schaffende Bevölkerungsteil von Not und Krankheit erhöht heimgejagt, so ist die

Lage der Alten ganz erschütternd.

Soweit sie noch Angehörige haben, sind diese durch die eigne Not fast völlig unfähig zur Unterstützung, ja oft bildet die Kerne bei gemeinsamem Haushalt einen wichtigen Teil des Familieneinkommens, besonders bei größerer Kinderzahl. Der alleinstehende Altersinvalid sieht sich gänzlich auf die Hilfe Fremder angewiesen und diese Hilfe ist infolge der allgemeinen Lage sehr spärlich. Als einziger wahrer Helfer wird der Tod ersucht. Es gehört zu meinen täglichen Erlebnissen als Arzt dieser Kreise von noch durchaus lebensfähigen Alten zu hören: „Ich will nicht geholt werden, sondern sterben, was müht mir das Leben, wenn es doch nur Not bringt.“ Mit Geld und Lebensmitteln könnte ich viel mehr helfen als mit Medikamenten.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß sich der Ernährungs- wie der Gesundheitszustand der Gesamtbevölkerung der Stadt Sagan im vergangen Jahre und beson-

ders in den letzten Monaten erschreckend verschlechtert hat und daß ein erneutes Anwachsen der Volksseuchen, besonders die Tuberkulose, bereits erfolgt und für die nächste Zukunft erhöht zu befürchten ist. Als Grund sind die steigende Not der Bevölkerung infolge Arbeitsmangels und die schlechten Wohnungsverhältnisse anzusehen. Die Folgen müssen den Arzt wie den Sozialpolitiker mit der größten Sorge erfüllen. Abhilfe ist nur durch großzügige Hilfsmaßnahmen zu schaffen.

Dieser Bericht ist eine erschütternde Anklage. Und so trostlos wie in Sagan sieht es in Deutschland überall aus. Überall sind Menschen am Absterben, weil es ihnen an Nahrung und Kleidung gebricht. Wo ist da die deutsche Volksgemeinschaft und Notgemeinschaft, von der die Deutschen in Wort und Schrift schwärmen? Ach, die besitzende Klasse läßt kaltblütig den armen deutschen Bruder und seine Familie im Elend verkommen, freißt sich gemächlich und kommt nur ins Temperament, wenn es gilt, großzügige Notmaßnahmen zur Vinderung des Massenelends zu bekämpfen.

Der Bericht von Sagan sollte auch der besitzenden Klasse eine Warnung sein. Nicht allein, daß der deutsche Nachwuchs, die deutsche Zukunft gefährdet wird: joch fürchterliche Not erzeugt Seuchenherde, die trotz aller Abwehrmaßnahmen auf der Oberlippe verhängnisvoll werden können. —

Volksbegehren im Rechtsausschuß.

Der Rechtsausschuß des Reichstags begann am Freitag die Generaldebatte über den neuen Kompromißantrag der Regierungsparteien zur Fürstenabfindung. Der Fürstenanwalt Everling (dt.-nall.) nannte das abgeänderte Kompromiß ein „Kompromiß zwischen Recht und Raub“ und deshalb einen Widerspruch in sich. Man habe sich hier unter der „Fetische des Volksbegehrens“ auf das Niveau des Volksbegehrens, auf glatte Enteignung treiben lassen.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte inzwischen den Gesetzentwurf, der dem Volksbegehren zugrunde lag, als Antrag eingebracht. Danach soll das gesamte Vermögen der Fürsten und Fürstentümer zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet und Eigentum des Landes werden, in dem das Fürstenhaus regiert hat. In der Begründung führte Abg. Rosenfeld (Soz.) aus:

Die Generaldebatte steht unter dem Zeichen des blenden Ergebnisses des Volksbegehrens. Weit mehr als das Doppelte, vielleicht sogar das Dreifache der notwendigen Stimmenzahl ist aufgebracht worden. In allen bürgerlichen Parteien ist die offizielle Parteiparole der Nichtbeteiligung nicht beachtet worden. In allen sozialen Schichten des Volkes fand das Volksbegehren Zustimmung. In vielen Städten hat weit mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten sich eingetragen. Das Volk hat mindestens schon ein Urteil gesprochen.

Die Massen wollen die Enteignung, auch die Anhänger der bürgerlichen Parteien bis in die Kreise der Rechten hinein. Sie fordern gleiches Recht für alle. Sie sind schon entzweit. Warum, sagen sie sich, sollen gerade die Fürsten ein besseres Los haben? Es handelt sich weniger um eine Rechtsfrage als um eine politische Frage. Eine politische Frage aber muß der Gesetzgeber und nicht ein Gericht entscheiden. Die meisten Richter sind Monarchisten und das Volk hat zu ihnen kein Vertrauen. Das Gesetz muß aussprechen: Fürstentum ist Staatseigentum.

Wir treten für die entschädigungslose Enteignung ein. Trotz dieser Forderung werden wir aber weiter wie bisher an der Verbesserung der Kompromißvorläge mitarbeiten. Nach dem glänzenden Ergebnis des Volksbegehrens kommt die Enteignung der Fürsten. Sie kommt durch die Mehrheit des Reichstags, wenn Sie es wollen. Sie kommt gegen die Mehrheit des Reichstags, wenn Sie nicht wollen! —

Das gerechte Strafmaß.

Bei der Beratung des Justizetats 1925 hat der Reichstags-Landtag auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion beschlossen, die Justizverwaltung solle zur Durchführung der Vorschrift des § 27c des Reichsstrafgesetzbuchs die eine Bemessung der Geldstrafen nach den tatsächlichen Verhältnissen des Verurteilten fordern, und zwar

Weinende Richter.

Der außergewöhnlich voraussichtlich auch ein außerordentlich ungewöhnliches Ende nehmen. Die Richter vergießen jetzt schon Tränen der Rührung über die hochpatriotische Tat des Geldfälschers und werden sicher noch dahin kommen, den Angeklagten Blumen auf den Weg zu streuen. Man könnte fast glauben, Ungarn sei weiter nichts als eine große Irrenanstalt. Aber so ist es ja überall, wo der Faschismus das Recht mit den Füßen zertritt.

Die heulenden Richter von Budapest sind keine Ausgeburt des Spottes, sondern reale Tatsache. Der Budapestener Anklagenrat, der die Einwendungen der Frankfällscher gegen die Anklageschrift zu verhandeln hatte, verkündete heute noch geheim durchgeführter Verhandlung die Entscheidung. Die Anklage gegen den Feldbischof Zadravec wurde fallen gelassen und die Angestellten des Kartographischen Instituts, mit der Ausnahme von Kurz, Hajts und Gerö, wurden enthaftet. Das ist im wesentlichen das Ergebnis der Verhandlung, bei der, wie berichtet wurde, Zadravec eine patriotische Rede hielt, die alle, auch die Richter, bis zu Tränen rührte und bei der die Angeklagten mit Kokarden in den Nationalfarben erschienen sind.

Die Niederschlagung des Prozesses in Raten hat nun in aller Form begonnen. Die Richter, die alle Mitglieder des Blutbundes des Doppelkreuzes sind, schickten sich an, ihre Brüder in den nationalfälschenden Fälscher- und Mörderfeme zu befreien. Die Entscheidung des Anklagenrats ist das Vorbild davon, was in der Gerichtsverhandlung geschehen wird.

Der Frankfällschungsprofessor brachte seine Richter so zum Seulen, daß sie ihn laufen ließen. Das ist allerdings eine Reforleistung auf beiden Seiten: von den Richtern und vom Feldbischof.

Die Begründung dieses Beschlusses wurde wohlweislich nicht öffentlich gegeben, sondern streng geheim. Aber die Welt weiß aus der Anklageschrift, was der Feldbischof, der Intimus des Reichsverwesers Sorthy, auf dem Kerkhof hat. In der Anklageschrift wurde ausgeführt, der Bischof habe die Erlaubnis gegeben, daß die gefälschten Noten in seiner Wohnung aufbewahrt, gezählt und sortiert werden. Der Bischof hat an dieser Auszählung der Noten selbst teilgenommen, bemängelte, daß manche Noten schlecht gelungen waren, holte zum Vergleich eine echte herbei und ließ nur die Fälschate verpacken, deren Ähnlichkeit mit der echten so groß war, daß man keine Ueberraschungen zu befürchten hatte.

Er hatte dann die patriotischen Emittäre, die den fremden Staatsbürgern das Geld aus den Taschen zu ziehen hätten, in Eid genommen, daß „sie ihre Pflicht treu und gewissenhaft erfüllen und daß sie die Angelegenheit und die daran beteiligten Personen nicht verraten werden“.

Die im Haag verhafteten Ungarn haben in der Gerichtsverhandlung ebenfalls ausgesagt, daß sie von Zadravec vereidigt worden sind. Weiter führt die Anklageschrift an, daß Zadravec an den Konferenzen bei Windischgrätz, in denen die Verwertung der falschen Frank beschlossen wurde, teilgenommen hat.

Das unabhängige ungarische Gericht findet nun, daß ein Mann, gegen den all dies mit unwiderlegbaren Beweisen erhärtet wurde, außer Verfolgung zu setzen ist! Damit ist die Freiheit der Fälschung von fremden Noten unter den Schutz der ungarischen Gerichte gestellt worden.

Faschistische Justiz. Dieser Budapestener Justizskandal findet seine Parallele in der Justizkomodie von Chieti, die über den Matteottimord Nebel verbreiten soll. In Budapest aber und im italienischen Chieti, hier wie dort wollen Gesetzesverächter im Richteramt schuldige Faschistenoberhäupter weiswaschen. Aber mögen sie ihre Urteile fällen wie sie lustig sind, die gemittelte Welt hat solcher Justiz sowie dem gesamten Faschismus längst das Urteil gesprochen.

Frankfällscher Schulze vergiftet?

Der „Berliner Volkszeitung“ wird von mehreren Seiten gemeldet, daß in unterrichteten Kreisen das Gerücht verbreitet ist, daß der in der Irrenanstalt Herzberge verstorbene Schneider Schulze, der beschuldigt wurde, in der Frankfällschaffäre mitgewirkt zu haben, nicht eines natürlichen Todes gestorben sei; vielmehr spricht man davon, daß Schulze das Opfer eines Giftmordes geworden sei. Die zuständigen Stellen im Berliner Polizeipräsidium haben von diesen Mitteilungen Kenntnis erlangt und werden sich daher mit der Nachprüfung dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Wie verlautet, soll bereits auf Anordnung der Staatsanwaltschaft 3 die Leiche zur Obduktion beschlagnahmt worden sein.

Die tatsächliche Feststellung eines Giftmordes würde kaum überraschen. Wer in dem Verdacht steht, ausplaudern zu können, „geht um die Ecke“, und die vergifteten Pralinen aus der Zeit des Rathenau-Mordes sind ja noch in frischer Erinnerung. Hochgestellte Nationalfunkler werden auf jeden Fall gerechtfertigt, und sei es durch weinende Richter und Vergiftung lästiger Zeugen.

Der Ermordete wird angeklagt.

Im Prozeß Matteotti legte Darbesio, ehemaliger Präfect der Provinz Rovigo, die Tätigkeit Matteottis von 1914 bis 1917 dar und sagte, er sei einer der Gefährlichsten im Amt für die Regierung in der Provinz gewesen. Der Angeklagte führte mehrere gerichtliche Entschlüsse an, durch die Matteotti wegen beleidigender Ausdrücke gegen Seer und Vaterland verurteilt worden war, und wies ferner auf den Zusammenhang zwischen Matteottis Tätigkeit und dem Ausbruch von Unruhen hin. Der Landwirt Bela sagte aus, daß Matteotti die Bauern dazu aufforderte, ihr Korn zu verkaufen und Pistolen zu kaufen.

Der weitere Verlauf der Verhandlung gewährte einen Einblick in Mussolinis Spitzelwesen. Es wurden

Am Grabe der Märzgefallenen.



Auch in diesem Jahre war der Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain der Wallfahrtsort vieler Tausender, die gekommen waren, um die Revolutionsopfer von 1848 zu ehren. Republikanische Organisationen hatten Kränze mit Inschriften aus Gedichten Freiligraths niedergelegt. 6000 Reichsbannerleute marschierten im Fackelzug und mit gesenkten Fahnen am Friedhofsportal vorbei.

zwei hervorragende römische Polizeibeamte vernommen. Der Vizequästor Laino sagte aus: „Matteotti wurde in seiner Eigenschaft als führender sozialistischer Abgeordneter, nicht als Parteisekretär, überwacht, und zwar hatte es sich um eine doppelte Ueberwachung gehandelt. Einmal bezog sie sich auf Matteottis staatsgefährliche Tätigkeit, sodann galt es, seine Person gegen etwaige Repressalien ultrafaschistischer Elemente zu schützen.“

Zu der Frage der Ueberwachung politischer Persönlichkeiten äußerte sich auch der Chef der Gerichtspolizei Bennetta: „Alle irgendwie hervortretenden Politiker werden ständig überwacht. Für die Abgeordneten gilt folgender Modus: wenn einer eine Rede gehalten hat, folgt ihm die Polizei nachher, aber nur eine Strecke lang. Was Matteotti betrifft, so galt die Ueberwachung nicht seiner Person, sondern seiner Wohnung.“ Die Weisung des Quästors Vertini, auch Matteottis Person zu überwachen, sei leider mißverstanden worden.

Farinacci erjuchte den Zeugen um Angabe von Einzelheiten über Matteottis politische Tätigkeit. Polizeidirektor Bennetta sagt: „Die Tätigkeit des Abgeordneten Matteotti war vor, während und nach dem Kriege stets verhängnisvoll für die Nation und wandte sich besonders hartnäckig gegen den Faschismus.“

Bei solcher Prozeßführung wird es bald ähnlich kommen als in Budapest. Die Richter werden Tränen der Rührung vergießen über den Edelmut der Mörder, die das Land von der „sozialistischen Kanaille“ Matteotti befreit haben.

Der internationale Achtstundentag.

Die Londoner Arbeitszeit-Konferenz ist beendet. Der Weg zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag ist frei. Die in London geführten Verhandlungen der Arbeitsminister Englands, Belgiens, Frankreichs, Italiens und Deutschlands sind nicht ergebnislos gewesen. Wohl schied die Londoner Arbeitszeitkonferenz am Donnerstagabend durch den schärferen englischen Widerstand gegen den deutschen Vorbehalt

in der Frage Achtstundentag und Sachleistungen ernstlich gefährdet, aber die Gefahr ging rasch vorüber; die Engländer kamen der deutschen Forderung, daß der Achtstundentag bei der Ausführung von Sachleistungen auf Grund des Dawesplanes nicht statz, sondern elastisch durchgeführt werden müsse, entgegen. Man einigte sich dahin, daß das Internationale Arbeitsamt in den Ausnahmefällen der Sachleistungen die Kontrolle haben soll, da eine Prüfung durch den Haager Schiedsgerichtshof zu langwierig und deshalb ungewinnlich sei.

Die deutschen Arbeiter werden es übrigens nicht bei der Kontrolle des Internationalen Arbeitsamtes allein bewenden lassen, sondern einmütig und mit aller Energie dafür sorgen, daß der Reparationsvorbehalt von den deutschen Unternehmern nicht bogen mißbraucht werden kann, um hinterher das Washingtoner Achtstundentag-Abkommen wieder zu umgehen und illusorisch zu machen.

Nach liegen keine ersichtlichen amtlichen Mitteilungen über den Inhalt der Londoner Vereinbarungen vor; trotzdem zeigen die verschiedenen Meldungen, daß man in den wesentlichen Punkten, so auch in der Frage der Arbeitszeit der Eisenbahner, in der Frage der Landesicherheit und dergleichen zu einer Einigung gekommen

ist. So dürfen sich, wie es heißt, die Eisenbahnunternehmungen im Falle von Ueberstunden nur auf Artikel 5 und 6 der Konvention stützen und dabei tritt der in der Washingtoner Konvention vorgesehene Ueberstundenlohn in Wirklichkeit.

Ohne zu den Einzelheiten der Londoner Vereinbarungen irgendeine Stellung nehmen zu wollen, muß man doch die rasche Einigung der Arbeitsminister gerade in diesen Tagen nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen lebhaft begrüßen; denn es zeigt sich hier an einem ganz konkreten Fall, daß die internationale Verhandlung marschiert, marschieren muß, weil Europa sich ohne sozialpolitische Verständigung auf die Dauer wirtschaftlich und kulturell ruiniert. Vielleicht haben auch die in Genf gemachten üblichen Erfahrungen auf den Ausgang der Londoner Besprechung eine heilsame Wirkung ausgeübt.

Da jetzt die letzten Hindernisse, die bisher noch der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens entgegenstanden, aus dem Wege geräumt sind, wird die Reichsregierung gut daran tun, wenn sie so rasch wie möglich

die Ratifizierung durchführt und das neue Arbeiterschutzgesetz, dessen wichtigster Bestandteil die Neuregelung der Arbeitszeit ist, bald dem Reichstag vorlegt. Die Reichsregierung muß das schon im Interesse des innern Friedens tun; denn die brutalen und geradezu gemeinen Scherzereien, die erst dieser Tage wieder auf der Tagung westdeutscher Industri- und Handelskammern in Essen vom Stapel gelassen wurden, zeigen, daß gegenüber dem völlig verblödeten und sozial rassistischen Teile des Unternehmertums ein solider Arbeiterschutz als Boll- und Schutzwehr für die Arbeiterschaft aufgerichtet werden

Notizen.

Am Grabe Freiligraths. Das Stuttgarter Reichsbanner hat den Todestag Freiligraths in würdiger Weise begangen. Am 18. März mittags die Ehrenwache auf. Die Reichsregierung ließ durch den Präsidenten des Landesfinanzamtes zu Württemberg einen Lorbeerkranz mit schwarzrotgoldener Schleife niederlegen. Weiterer Kränze wurden gewidmet vom Stuttgarter Reichsbanner, von der Demokratischen Jugend, dem Schöffelbund, ferner von Freiligraths Heimatstadt Detmold und dem Rheinländertag.

Die verweigerte Sprecheraufnahme. Rechtsanwalt Löwenthal, der als Verteidiger des im Fememordprozeß Banner zum Tode verurteilten Uffentkamp in Frage kam, war, da er eine Vollmacht des Angeklagten nicht vorlegen konnte, vom Landgerichtsdirektor von der Sprecheraufnahme verweigert worden. Auf Beschwerde beim Kammergericht ist diese Verfügung des Landgerichtsdirektors vom Kammergericht aufgehoben worden.

Verlängerung des Besoldungssperregesetzes. Der Reichsrat beschäftigte sich am Donnerstag mit der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Verlängerung des Besoldungssperregesetzes. Die Ausschüsse des Reichsrats traten dafür ein, daß lediglich eine Verlängerung der Bestimmung um 1 Jahr vorgeschlagen werden soll, wonach Länder, Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften den Wohnungsgeldzuschuß und die Eingliederung der Ortsklassen für ihre Beamten nicht günstiger regeln dürfen als es für die Reichsbeamten der entsprechenden Gruppen und in den betreffenden Orten der Fall ist. Die Vollversammlung des Reichsrats stimmte dem zu.

Befreiungsfeier in Köln. An der offiziellen Befreiungsfeier der geräumten Rheinlandzone, die am Sonntag in Anwesenheit des Reichspräsidenten und des Ministers für die besetzten Gebiete März in Köln beginnt, werden auch der preussische Ministerpräsident Braun, der Minister des Innern Sebering und der Volkswohlfahrtsminister Spritzefer teilnehmen.

Präsidentenwahl in Griechenland. Staatspräsident Kumbouriotis, der schon seit längerer Zeit mit Rücksicht auf sein Alter und seinen Gesundheitszustand Rücktrittsbefürchtungen geäußert hatte, teilte dem Ministerpräsidenten schriftlich mit, daß er aus Gesundheitsrücksichten zum Rücktritt gezwungen sei. Pangalos hat den Staatspräsidenten, sein Amt bis zu der auf den 4. April angesetzten Wahl des neuen Präsidenten auszuüben. Unmittelbar darauf wurde die Durchführung der Neuwahl, die auf Grund des Aktenein, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts stattfinden soll, veröffentlicht.

Deutsch-schwedische Handelsvertragsverhandlungen. In Berlin haben die deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen begonnen. Nachdem die schwedische Regierung im Jahre 1920 den deutsch-schwedischen Handelsvertrag kündigt hatte, bestand zwischen Deutschland und Schweden ein vertragsloser Zustand. Beide Regierungen waren in dessen Entschloffen, sich gegenseitig auch während der vertragslosen Zeit möglichst begünstigt zu behandeln.

Depeschen.

Partiführer-Empfang.

Ab. Berlin, 20. März. Der „V. Z.“ zufolge, empfange heute im Laufe des Vormittags Reichstanzler Dr. Luther die Parteiführer zur Besprechung der politischen und parlamentarischen Situation. Die Empfänge dürften sich bis in den Nachmittags hinziehen. Ob der Reichstanzler die Debatte am Montag selbst durch seine Berichterstattung einleiten wird, oder ob der Reichsaußenminister diese Aufgabe übernimmt, steht noch nicht fest.

Aufruf der französischen Sozialisten.

Paris, 20. März. (Radio.) Die Sozialistische Partei Frankreichs veröffentlicht einen Aufruf an ihre Wähler, in dem sie die politische Lage darlegt und insbesondere sich gegenüber dem Vorwurf verteidigt, daß die Sozialisten verantwortlich zu machen seien für die geringen Ergebnisse, die auf politischem Gebiete seit den Wahlen vom 11. Mai 1924 erzielt worden sind. Alle Versuche, die Verhinderung der Aufruf, eine stabile demokratische Regierung zu bilden, würden, wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft die Unterjückung der Sozialisten finden. Die Sozialistische Partei sei allerdings der Ansicht, daß eine energiegelbe Aktion zur Wiederherstellung der Staatsfinanzen und zur Konsolidierung der Währung unternommen werden müsse. Die Sozialisten erklären sich bereit, daß die Regierungsverantwortung zu übernehmen in der Ueberzeugung, daß eine Regierung, die entschlossen sei, die Spekulation zu bekämpfen und den Steuerhinterzählungen ein Ende zu bereiten, die Unterstützung der gesamten Nation finden werde.

Friedensverhandlungen mit Marokko.

Ab. Paris, 20. März. Die „Deuxes“ mitteilt, ist Kriegsminister Rainlebe gestern gefragt worden, ob es richtig sei, daß zwischen Spanien, Frankreich und Abd el Krim Verhandlungen im Gange seien. Rainlebe habe diese Nachricht nicht widerprochen, sondern sogar noch hinzugefügt, daß Frankreich unter der Bedingung, daß sein Ansehen und seine Rechte in Marokko nicht angegriffen würden, stets bereit gewesen sei, schleunigst Frieden zu schließen.

Grasfeuer in Tokio.

Ab. London, 20. März. Times“ berichtet aus Tokio, daß gestern um 8 Uhr früh ein Feuer in Sugano, einer Vorstadt von Tokio, ausbrach, das innerhalb von drei Stunden 600 Quadratmeter Fläche und 400 Personen abgetötet machte.

Sie den Umzug

empfehlen wir aus unseren Spezialabteilungen als ganz besonders preiswert

Haushalt

Schneerbürsten	in Untermischung	15
Schrubber	in Untermischung	38
Ausstreiber	groß	35
Leppichbürsten	145 95 75	75
Leppichkehrmaschinen	17 50	12.50
Böhrerbesen	in Dörste	10.50 8.75
Polsterbesen	in Qualität 4	2.25
Zubmatten	145	1.35
Sablets	ausgeputzt	2.25 1.75
Sanitärgeräten	mit Spornfüßchen	6.25 4.50
Büschelbürste	19.50 13.50	9.50
Handtücher	4.25 1.75	1.45
Handtücher	moderne Dekor	4.50 3.50
Briefkasten	1.25	1.10
Speisekarte	Sollinger Fabrikat	1.55 1.25
Aluminiumteller	klein	8
Aluminiumteller	groß	12
Roblenplatten	4.95	4.50
Elektrische Mitten	mit Zulassung	8.50
Kaffeemühlen	mit Eisenwerkzeug	2.75
Schneidmesser	mit Eisenwerkzeug	1.25

Porzellan

Kaffeeterrine	3 teilig, mod. Dekor	3.95
Tafelset	3 teilig, mod. Dekor	18.50
Rüchergarnituren	23 teilig	14.50
Gammeltassen	mit Teller, Barzellan	1.70

Gardinen

Schleiergardinen	weiße, solide Qual., in engerer Auswahl	38
Rückler-Garnituren	Stellig, in 241 und 241 cm	3.50
Halbtouren	in jeder Ausführung	1.95
Madras-Garnituren	nur schifartig, Stellig	3.50
Rouleau-Stoffe	gold, creme u. eisensch. Stoffe, 80 cm	90
Madras	180 cm breit, praktischer dauerhafter Gardinenstoff	1.60
Diamantdecken	140x280	6.75
Stoppdecken	Stellig, Satin, Rückseite Tribol	9.75

Für die mod. Innendekoration

Bourette-Seide	leicht, 130 cm, viele Farben	3.90 3.50
Madras	dunkel, schifartig, aparte Muster	2.95
Brokat-Stoffe	180 cm, schwere, schifartig, Dual	4.75
Gestreifte Stoffe	indianisch, 180 cm	3.50
Möbelbezugsstoffe	180 cm, gewebte Qual.	2.70
Möbel-Polster	180 cm, reine Wolle	10.50

Emaile und Aluminium

Emaile-Timer	28 cm	1.95 1.75
Emaile-Wanneimer	mit Deckel	3.80
Emaile-Waschtöpfe	6.00 4.50	4.75
Emaile-Waschbecken	mit Eisen- napf	1.75
Emaile-Rehröhrchen	1.20	95
Zinzwannen	mit Eisenfuß	3.25 4.00
Alum.-Schmortöpfe	mit Deckel	3.00 1.70
Alum.-Milchtöpfe	mit Ausguss	1.25 95
Alum.-Wasserteifel	la. Qualität	4.80
Emaile-Protbüchsen	la. Qual.	13.50

Betten

Stahlrohrbetten	solide schwere Rahmenarbeit, teils Kopf- und Fußbrett	23.00
Polstermatrassen	Stellig und Zell, prima Alpengrasfüllung, rot-weiß, garniert	28.50
Divan	starke Polsterarbeit	35.50
Holzrahmentrassen	schweres Holz 90x190 für jedes Bett, jedes Maß wird angefertigt	17.50

Linoleum

Brudläufer	60 cm	2.55
Germania-Dual	67 cm	2.90
	90 cm	3.90
	110 cm	4.90
	133 cm	5.90
zum Auslegen Räume		3.25

Granit-Linoleum

Linoleum - Teppiche in allen Größen

Kleimmöbel

Wesing-Portierengarnituren	3.75 3.50 3.25 2.95
Metall-Portierengarnituren	schw. Epl. m. Klammern 150 cm
Gold-Rouleaufangen	verstellbar, komplett
Stoff-Rouleaufangen	verstellbar, komplett
Zuggardinen-Rouleaufangen	verstellbar, komplett
Hierischchen	nussbaum, imitiert
Hierischchen	nussbaum, gebeizt
Randstühle	mit Metallplatte
Paneele	8 95 7.25 2.25
Blumentripfen	weiß lackiert, mit Weichschaum

Stilleben- und Landschaftsbilder

Roromöbel

Gartenmöbel

Ein Waggon Porzellan zu bekannt billigen Preisen

Teller, fest, tief und flach	Stück 30	15	Teller, massiv, flach	30
Defferteller, fest	19 cm 25, 15 cm 15	95 65	Saucieren, massiv	75
Bratenplatten, fest, oval	130 65 70 55 40 35	95 55	Bratenplatten, massiv	1.35 95 75 48
Salats, fest	150 95 50 40	95	Salats, massiv	75 55 45 30 25
Saucieren, fest	85 65 35	2.45 1.95	Restaurationsplatten	3 teilig 1.75 2 teilig 1.45

Kaffeeterrine 4.95

BARASCH

Tafelset 10.50

Wie bebaue ich nutzbringend meinen Obst- u. Gemüsegarten?

Lesen Sie nachstehende Bändchen aus der Lehrmeister-Bücherei:

Lehrbuch für Frauen, Gemüse- u. Obstgärten. Mit übersichtlichen Schnitt- und Pflanzenzeichnungen und 51 Abb. 1.05 M.	Mehr kleines Gewächshaus. 35 Pfg.
Gärtnerische Düngerieler. Mit 14 Abb. 70 Pfg.	Monatskalender für Obstbau. 35 Pfg.
Gartenerkrankungen. 70 Pfg.	Pflanzung und Pflege der Obstbäume. 35 Pfg.
Anleitung zum Gemüsebau. Mit 15 Abb. 70 Pfg.	Düngung d. Obstbäume. 35 Pfg.
Düngung d. Gemüsegarten. 35 Pfg.	Spätk- u. Zwergobst. 35 Pfg.
Lehrbuch der Obstbaukunde. Mit 9 Abb. 35 Pfg.	Bauschul. 35 Pfg.
Das Mittelmeer. Einrichtung und Bekand. Mit 36 Abb. 70 Pfg.	Schnitt des Kernobstes. Mit 40 Abb. 35 Pfg.
Kultur d. Erdbeere. 35 Pfg.	Schnitt des Steinobstes. 35 Pfg.
Tomatenzüchtung. 35 Pfg.	Die Veredelung von u. ihre Anwendung. Mit 34 Abb. 35 Pfg.
Prakt. Obstbau. 9 Abb. 35 Pfg.	Unsere Beerensträucher. 35 Pfg.
Garten, Kleingarten. Mit 19 Abb. 35 Pfg.	Der Weinbau und seine Pflege. 35 Pfg.
Spargelbau. Mit 5 Abb. 35 Pfg.	

Praktisch, wertvoll und billig! Zu beziehen durch Buchhandlung Volksstimme

Die stärksten Kohlen

Super-Kohlen 2.00 & Größe 1.00 & Super-Kohlen 2.25 & Größe 0.75 & Handarbeit! G. Lahmann Große Steinhilberstraße Nr. 16.

Cornucopia das flüssige Speisemittel. HOF APOTHEKE Breite Weg 158 am Ulkersboger.

Unpreßhüte

neueste Formen, größte Auswahl, billigste Preise Moritz Silberberg, Thiemstr. 16. Annahmestelle Schönebeck, Schornsteinfegerstr. 10

Eröffnungs-Anzeige!

Wir eröffneten am Sonnabend den 20. März 1926 Alte Ulrichstraße Nr. 2 ein Schokoladen-Konfitüren-Spezialgeschäft

Norddeutsches Schokoladenhaus G. m. b. H.

128 eigene Spezialgeschäfte in Schokoladen und Konfitüren Filialen in Magdeburg: Alte Ulrichstraße 2, Breiter Weg 2, Breiter Weg 102 Alter Markt 13, Sdb., Halberstädter Straße 113, Neust., Lübecker Straße 32

Frühlings Einzug.

Raut Mitteilung des Kalenders soll er am Sonntag stattfinden. Das ist der 21. März. Wenn man sich in der Welt draußen streng nach dem Kalender richtete, müßte am Sonntag die große Frühlingsfestlichkeit mit Sprühen, Knospen und Vogelfang beginnen. Aber so genau nimmt er es nicht. Als die Sonne anfang, frühlingsmäßig zu scheinen, lebten wir — nach der Zeitrechnung — noch mitten im Winter. Der Winter hat wiederholt daran erinnert, daß seine Zeit noch nicht abgelaufen war, aber hindern konnte er es nicht, daß sich an den Büschen grüne Knospen bildeten und Blätterbüchel sich entfalten. Frühlingsblumen trachten schon Farben in die Gärten und die Ansel sang.

In den Straßen der Stadt aber begann der Frühlingsbetrieb. Es gibt da bestimmte Spiele für die Kinder, die ein Frühlingsbrauch sind von alters her. Da ist zunächst das Kreiselstreifen. Für das Kind ist es in jedem Frühjahr ein neues Spiel, es ist sogar eine schwierige Sache, mit dem dickköpfigen Drehding so umzugehen, daß er gewaltige Sprünge macht und dabei die Haltung doch nicht verliert.



Wenn ein Spiel überhaupt alt werden kann — das vom Kind doch immer zu einem neuen Erlebnis gemacht wird —, dann könnte man vom Kreisel wohl sagen, es ist alt, sogar uralte. Der Kreisel oder „Brummtopf“ ist eins der ehrwürdigsten Spielsachen, die wir kennen. Mit ihm haben nicht nur im alten Rom die Kinder schon gespielt — der große römische Dichter Virgil hat ihn sogar in Gedichten gefeiert —, in Museen werden Kreisel auch aus altägyptischer Zeit angetroffen. In ganz Europa bis nach Ostafrika und Amerika kann man ihn finden, und selbst die Neger haben ihre flachen, scheibenförmigen oder aus den Bodenstäben großer Mäße verfertigten „Brummtreisel“.

Neuern Ursprungs, aber auch schon von stattlichem Alter, sind die Kugeln, mit denen sich die Kinder vergnügen, indem sie die Kugeln an den Wänden der Häuser unter Beobachtung aller edelsten Spielregeln dahinfließen lassen; der Preis gebührt dem, der die meisten Kugeln einheimst. In Wien heißt dieses Spiel „Anmäuern“. Die ältesten Marmeln bestanden aus Marmor, woher vermutlich ihr Name stammt. Sie waren von jeher ein deutsches Erzeugnis; schon 1694 besagt eine alte Handelsnachricht, daß in diesem Jahre 28 Tonnen und 10 Fässer mit Marmormarmeln aus Deutschland nach England ausgeführt worden seien. Im Jahre 1748 gab es in Franken eine Fabrik, in der die französischen „Schnipfugeln“ nicht nur aus Marmor, sondern später auch aus Ton fabrikmäßig hergestellt wurden. Diese fanden so reizenden Absatz, daß man sich bald auch anderwärts mit ihrer Fabrikation befaßte; so nennt die Stadtchronik von Groß-Almerode im Regierungsbezirk Kassel, wo sich große Longebun befinden, 1798 bereits 21 Meister des Gewerbes der „Knidermachelei“, die die „Knider“ aus glasiertem Tone herstellten. Daß auch ein deutscher Dichter, Moritz August von Thümmel, diesem Kinderspielzeug seine Aufmerksamkeit schenkte und es 1795 in seiner die „Steinmühle“ genannten Fabrik in Koburg herstellen ließ, zeigt die große Beliebtheit dieses Gegenstandes. Die Glasindustrie in Lauscha fabrizierte 1849 zum erstenmal die besonders schmunen, mit farbigem Glasfuß spirali-



farbig gefüllten durchsichtigen Glasugeln, die schnell die bis dahin unter allen Marmeln als schönste und kostbarste angesehenen, aus Achat verfertigten Exemplare zu verdrängen wußten.

Bahlos sind die Namen, mit denen die „Spielugeln“ im Laufe der Zeit bedacht worden sind: Karrel, Marmel, Marmel der Karren in Rockenitzland, Knider oder Knidermeyer

in Niederdeutschland, Knippel, Knicker und Schnellkäuschen in Mitteldeutschland, und Schusser, Schüsler und Schösser in Süddeutschland.

Der Schwarm für die Jungen ist aber das Fußballspiel. Das ist das Spiel der Zeit. Die Jungen brauchen dazu nicht einmal einen richtigen Ball, es genügt unter Umständen ein zur Ruhe gesetzter Filzhut, der mit mancherlei Woll- und Papierresten ausgefüllt, dann vernäht wird. „Spielfeld“ ist irgendein Winkel oder eine Verbreiterung der Straße. Auf Zuschauer reflektiert man nicht, findet sie im Gegenteil höchst unbequem. Harmlose Passanten werden häufig aus ihren Träumen geschreckt, denn der Ball verfehlt zuweilen sein Ziel und trifft den Hut des Herrn Oberinspektors a. D. Das gibt Unterbrechungen, Szenen und manchmal Kriegszustände, die zum Glücke nicht lange anhalten und meistens zu keinem Blutvergießen führen.

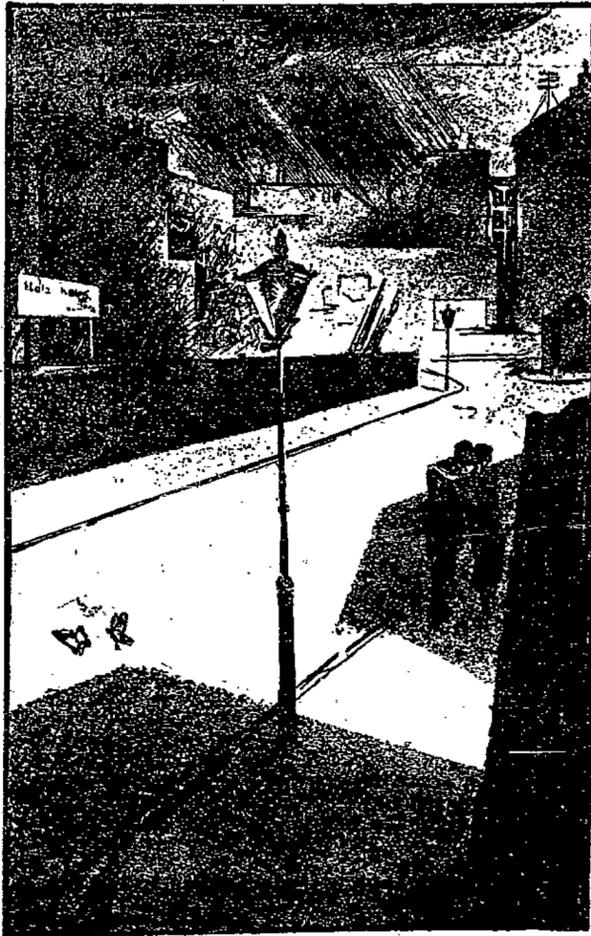
Das Fußballspiel hält man für eine moderne „Erzungen-schaft“, es soll aus England gekommen sein. Die Leute, die ihre Zeit damit verbringen, alles zu erforschen nach seiner Herkunft und seinem Entwicklungsgang, sagen uns aber, Fußball haben die Menschen schon zu allen Zeiten und in allen Ländern gespielt.

Die Kinder haben noch Hüpfspiele — Himmel und Hölle —, üben sich in „Landsrecken“ und absolvieren die hohe Ballschule. Es kommt auch bei diesen Spielen zu Konflikten mit dem gereiften Alter. Das ist nicht zu vermeiden im Frühling.

In den Frühlingstagen gibt es auch einen Auszug. Väterchen und Mütterchen gehen ins Freie. Auf den Wänden der Anlagen treffen sie sich, freuen sich über die Sonne und das neue Sprühen, erzählen sich Jugenderinnerungen und sind überzeugt, daß es früher in vielen Dingen doch besser war im Leben. Nur der Frühling ist — wenn die Sonne scheint — heute genau so fröhlich und schön wie damals. —

Feierabend im Frühling.

Ein stiller Abend hat sich warm
aus Vorstadthäusermeer gesenkt.
Wir wandeln. Du hast deinen Arm
leicht in den meinen eingehängt.



Der Tag war lang, er machte müd,
doch seine Arbeit ward geschafft.
Run lauschen wir dem Amfelleid ...
und sind voll Hoffnung und voll Kraft.

Wie jagte deine Nadel klink
durch tausend Nähnäse dicht und feint
Wie sauste prasselnd mit Gelling
Mein Hammer auf den Amboss ein!

Run ging der Tag. Run schreiten stumm
wir durch das weiße Blütenlicht ...
Wie Feierabend weißt's ringsum ...
Du preßt dich an mich erg und dich ...
Ludwig Bessen.

Frühlings-Fruchtbarkeitszauber.

Wenn der Winter zu Ende ging, den unsre Altväterden naturgemäß viel härter empfanden, als wir mit unsern Kultur-erzungen, bemächtigte sich des gesamten Volkes eine große Freude. Die Gedanken aller waren darauf gerichtet, dem Frühling den Weg zu bereiten, d. h. die guten Geister des Wachstums aus ihrem Winterschlaf zu erwecken, damit sie ihre segensbringende Tätigkeit ausüben, und die bösen zu vertreiben, ihren schädlichen Einfluß fernzuhalten. Fruchtbarkeit der Felder zu bewirken war der Grundgedanke bei den verschiedenen Frühlingsbräuchen, die das Christentum vom Heidentum übernahm und deren Reste heute noch vorhanden sind, wenn man sie auch nicht auf den ersten Blick erkennen kann.

Im Mittelpunkt dieser Bräuche stand der Feuer- und Sonnengauber, der besänftigt nicht nur bei den gewon-

nen Bildern solch wichtige Rolle gespielt hat. Zur Vertreibung der Winterriesen und anderer Dämonen entzündete man auf Bergen und Hügeln Feuer und glaubte, daß, soweit ihr Schein reichte, die Fluren gesegnet seien. Vor allem wollte man damit die Sonne, das Abbild des Feuers, zwingen, mit ihren Strahlen das Land zu erwärmen und die junge Saat aus der Erde zu locken. Diese Feuer waren früher eine Art religiöser Brauch, sie erhielten dadurch die kirchliche Weihe, daß man sie in dem Augenblick anzündete, wo die Gebetsglocke ertönte und dabei geistliche Lieder sang. In Verbindung mit den Feuern wurde eine männliche oder weibliche Gestalt (Strohuppe), der Winterdämon, den Flammen überliefert, damit er den Feldern nicht durch Kälte Schäden zufügen konnte. Hieran erinnert der in verschiedenen Gegenden Deutschlands bekannte Brauch, Faschnacht oder Latere eine Strohuppe zu verbrennen, zu vergraben oder ins Wasser zu werfen. Auf besonders großartige Weise geht dies Winterverbrennen jedes Jahr am ersten Montag nach Tag- und Nachtgleiche beim sogenannten Sechseläuten in Zürich vor sich, wo unter Teilnahme der gesamten Bevölkerung um Punkt 6 Uhr in den verschiedenen Quartieren der Stadt (manchmal auch nur in einem) je eine Strohuppe, der Bögg (Kopang) verbrannt wird.

Nach Ansicht des schwäbischen Bauern muß die Sonne im Frühling „gelodt“ werden, damit sie sich an ihre Pflicht erinnert; deshalb läuft die Jugend mit brennenden Fackeln über die Felder und ruft: „Sonne, Sonne, reg dich! — Sonne, Sonne, streck dich!“ Ehemals sang man das Tagesgebet mit folgenden Versen an: „Sonne, Sonne, schne — für immer de Kühne, — für immer glodehas, — Kumm du widder in unser has.“ Und in neuerer Zeit: „Liebe, liebe Sonne, — Wuter in die Sonne, — Wehl in den Saat! — Schließ das Tor des Himmels auf! — Liebe Sonne, komm heraus!“ — — — Kraft ist auch der Brauch, brennende Räder und Scheiben von Hügeln herunter laufen zu lassen bzw. in die Luft zu schleudern, so daß sie die Felder beleuchteten. Man wollte und will dadurch die Sonne veranlassen, dieselbe zu tun, wie ihr Abbild, und ihre segensbringende Tätigkeit wieder aufzunehmen. (Analogiezauber.)

Im Frühlingsfruchtbarkeitszauber waren einst unverheiratete weibliche Personen in hohem Maße beteiligt, da nach altem Volksglauben das Leben eines jungen Weibes fördernd auf das Wachstum der Pflanzen wirkt. Jungfrauen haben deshalb bei Fruchtbarkeitsbräuchen stets eine bedeutende Rolle gespielt. Früher wurde im Frühling ein Pfug von jungen Mädchen um die Grenzen der Lieder oder über die Felder gezogen, wodurch man sie besonders fruchtbar zu machen glaubte. Meist wählte man dazu die schönsten Mädchen von bestem Ruf aus, die im Sonntagsstaat die feierliche Handlung vornahm, was als eine große Ehre galt. Junge Leute holten die Mädchen aus ihren Häusern und spannten sie in den Pflug, der durch einen Bach gezogen werden mußte, damit er sowie die Mädchen naß wurde. Bisweilen bog man auch wohl beide mit Wasser. Manchmal waren die beim Umzug beteiligten Burden maskiert, sie machten einen ohrenbetäubenden Lärm, um die Vegetationsgeister zu wecken und die Dämonen fernzuhalten. Noch vor nicht allzu langer Zeit führten im Münsental (Elsass) Frauen mit Larven vor den Gesichtern im Frühling einen bekränzten Bock über die Felder, um eine besonders günstige Ernte zu erzielen. — In engem Zusammenhang mit dem Frühlingsfruchtbarkeitszauber steht das Winteraubtreiben, der Kampf zwischen Sommer und Winter, ausgeführt durch zwei Burden, von denen der eine, in Stroh, Moos oder Fell gehüllt, die kalte, der andre, mit grünem Laub geschmückt, die warme Jahreszeit darstellte. Sie kämpften mit Holzschwertern und schließlich wurde der Winter besiegt, vertrieben oder ins Wasser geworfen oder in Gestalt einer Strohuppe verbrannt. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 20. März 1926.

Das moderne Reichsgesundheitsamt.

Das Reichsgesundheitsamt, das kürzlich seine bisherigen „Veröffentlichungen“ zu einem allgemeinen interessierenden „Reichsgesundheitsblatt“ ausgestaltet hat, hat weiterhin Anschluß an das von den Fragen der Volksgesundheit stark bewegte Wirtschaftslieben gesucht und genommen: Es hat seine nur für Reichs- und Staatsbehörden ausgiebige gutachtliche Tätigkeit dahin erweitert, daß fortan Gutachten auch von Gemeinden, sonstigen öffentlich-rechtlichen Verbänden und von privater Seite, also von Industrie, Handel, Handwerk, Einzelpersonen usw., beantragt und für sie erstattet werden können. Die Gutachten werden erfolgen, soweit dies bei den noch beschränkten Laboratoriumseinrichtungen im Reichsgesundheitsamt möglich ist.

Gebiete, auf denen das Reichsgesundheitsamt zu gutachtlicher oder beratender Tätigkeit bereit ist, sind Fragen der Vorsehung hygienischer Mißstände aller Art, desgleichen Fragen über den Bau und die Einrichtung von Schlachthofanlagen, Stallanlagen, Molkereien, überhaupt Fragen der allgemeinen Gesundheits- und Krankenfürsorge bei Menschen und Tieren. Auch Gutachten über die Zulässigkeit der Verwendung von gewissen Rohstoffen und der Benutzung bestimmter Verfahren bei der Herstellung von Nahrungsmitteln, Stärkungsmitteln und Genussmitteln werden erstattet werden.

Bedingung für die Erstattung der Gutachten ist die Zusage des Antragstellers, das Gutachten nicht zur Reklame im Handel und Verkehr zu gebrauchen. Gutachten werden nicht ausgestellt werden können bei Beurteilung der Wirksamkeit und Unschädlichkeit von Mitteln und Verfahren zur Konservierung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, bei Beurteilung des Wertes von Untersuchungsverfahren zur Erkennung von Menschen- und Tierkrankheiten, bei Beurteilung von Desinfektionsmitteln, vorbeugenden Mitteln, Arzneimitteln, Geheimmitteln usw. Auch eine gutachtliche Tätigkeit bei Prozessen wird das Reichsgesundheitsamt nicht ausüben.

Für die Gutachten werden Gebühren erhoben, deren Höhe in jedem einzelnen Falle festgesetzt wird. —

Der Wohnraum der Arbeiterfamilie.

Die starke Bevölkerungszunahme, die Deutschland in den letzten Jahrzehnten erfahren hat, brachte nicht eine dieser Zunahme entsprechende Entwicklung der Städte in die Breite. Die Kommunalpolitik der Vorkriegszeit hat genau so verfaßt, wie sie noch heute die großen sozialen Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungswesens so oft nicht erkannt. Statt die wachsende Bevölkerung planmäßig auf ein weites Gebiet zu verteilen, ließ man ein Zusammendrängen der Bevölkerung zu, das immer schlimmer wurde, je mehr die Bevölkerung zunahm. Daß diese so aus dem Bevölkerungswachstum gewordene Wohnnot in der arbeitenden Bevölkerung am kräftigsten zum Ausdruck kommen mußte, ist natürlich. Die traurigen Wohnverhältnisse, die sich auf diese Weise in den Arbeitervierteln entwickelt haben, können wir besonders deutlich zahlenmäßig aus einem Vergleich mit den Arbeiterwohnverhältnissen anderer Länder erkennen.

Genoß sagt es schon genug, wenn die Statistik zeigt, daß einer Arbeiterfamilie von 4 Köpfen durchschnittlich in Deutschland im Jahre 1925 nur 1,4 Räume zur Verfügung standen. Besonders deutlich aber tritt die Schuld einer unverantwortlichen Kommunalpolitik in deutschen Städten in die Erscheinung, wenn man feststellt, daß einer vierköpfigen Arbeiterfamilie im gleichen Jahre in Frankreich 2,5, in England 3 und in den Vereinigten Staaten gar 5 Räume zutamen.

Man soll nur nicht mit der Entschuldigung kommen, daß dieses Wohnungsleben des deutschen Proletariats eine Folge

Was die Stadt zu fragen hat.

Bei den Staatsberatungen des Provinzial-Landtags in Merseburg schloß die Stadt Ratgeber Oberbürgermeister, Genosse Weins, in größangelegter Rede die große Not des Landes, der Provinz und der Gemeinden. Für die Ratgeber von besonders großer Bedeutung war dabei das Bild, das der Redner von der ungeheuren wirtschaftlichen Belastung unserer Stadt ab. Wir geben im folgenden den Teil der Rede wieder, der sich mit der Stadt Magdeburg befaßt:

Unzählige Haushaltungspläne in den Städten schließen zum größten Teil entweder mit einem Defizit oder mit einem künstlichen Ausgleich ab. Es ist ja eine Kleinigkeit, einen Etat zum Ausgleich zu bringen. Man braucht da nur bei der Einschätzung des Aufkommens an Steuern und Abgaben möglichst optimistisch zu verfahren. Ich muß aber doch raten, bei den Schätzungen des Steueraufkommens für das kommende Jahr mit allergrößter Vorsicht zu Werke zu gehen. Der Etat der Stadt Magdeburg ist, nachdem die soziale Leistung der Gemeinde für die notleidenden Bürger auf ein äußerstes Maß zurückgeschraubt worden ist, mit einem Minus von 2,2 Millionen zum Abschluß gebracht. Wir sehen aber keine Möglichkeit, für dieses Minus einen Ausgleich zu schaffen, angesichts der Lage der Gesamtwirtschaft. Die Not wächst bei uns in Mitteleuropa, nicht nur in Deutschland, außerordentlich. Die Zahlungsmöglichkeiten verringern sich von Tag zu Tag. Im Regierungsbezirk Magdeburg trifft die wirtschaftliche Krise ganz außerordentlich hart die Metallindustrie, das Handelsgewerbe, und wir hören, daß die in Magdeburger Gebiet mit an erster Stelle zu nennende Zuckerindustrie sich ebenfalls in einer sehr schweren Abwärtsphase befindet. Wir haben gesehen, daß die Metallindustrie eine Menge von Stillelegungen vorgenommen hat. Wir haben also eine gewaltige wirtschaftliche Not, die sich ausbreitet in den gewaltigen Erwerbslosenziffern, die wir besonders in den größeren und in den mittleren Städten haben.

Ein Auszug, der mir in diesen Tagen vom Arbeitsamt in Magdeburg gemacht wurde, weist eine Erwerbslosenziffer in Magdeburg von rund 12.500 auf. Darin sind nicht enthalten jene 6600, die nicht mehr das Arbeitsamt besuchen, weil sie ausgeheuert sind, so daß man sagen kann, daß wir in Magdeburg insgesamt eine

Erwerbslosenziffer von etwa 18.000

haben. Wenn ich die Zahl der Erwerbstätigen Magdeburgs mit 90.000 einschätze, dann haben wir in Magdeburg eine Erwerbslosigkeit von 20 Prozent, d. h. jeder fünfte Erwerbstätige ist arbeitslos.

Das stellt aber nicht den richtigen Ausdruck für die Größe der Krise dar, sondern Sie müssen dazu nehmen das Elend, das aus der Kurzarbeit in den Betrieben resultiert, die überhaupt noch arbeiten. Stellen Sie sich einmal vor, daß ein Arbeiter statt 48 Stunden wöchentlich nur 24 Stunden arbeitet und daß er nämlich nur für diese 24 Stunden den Lohn bekommt, daß er also bei der sehr mageren Unterstützung der Kurzarbeiter mit der Hälfte des Lohnes in der Familie wirtschaften muß, der sonst zu seiner Verfügung steht, wenn er voll arbeiten kann. Die Unannehmlichkeiten von Entbehrungen, die daraus für die eigne Familie erwachsen und die mangelnde soziale Erscheinungen dieser Zeit erklärt, erschöpfen sich aber nicht in dem Elend in der Familie. Wenn der Arbeiter, wenn die große Masse des Volkes nichts verdient, kann auch der Handel nichts gewinnen, nicht existieren.

Beachtet werden muß hier auch

Die Zuwanderung,

die Tatsache, daß heute die Stadt wirkt wie ein Schwamm, der alles aufsaugt. Man kann der Ansicht sein, daß zu große Städte dadurch nicht die ideale Bevölkerungstheorie darstellen. Sie finden in der Nähe der Städte, besonders der großen Städte, so gut wie gar keine unehelichen Geburten, weil die unehelichen Schwangeren heute in die Städte kommen, um zu gebären, und die Stadt hat damit einen Teil der Kosten zu tragen, die eigentlich die im weiteren Umkreis liegenden Gemeinden zu tragen hätten.

Es ist richtig, daß wir an einer Zuwanderung leiden, die, glaube ich, mehr innerlich zu erklären ist. Die Produktionsstätten in den Städten bieten den Erwerbslosen mehr Möglichkeiten unterzukommen, sie bieten bei einer fast flutierenden Bevölkerung mehr Aussichten, eine Existenz zu finden, und so werden sich — nicht nur erst jetzt heute — der Erwerbslose, der Arbeitssuchende, der Erwerbslose mehr und mehr den Zentren der Wirtschaft und des Verkehrs zu. Das ist eine Entwicklung, die man nicht hindern kann dadurch, daß man gangweise durch Gesetze und Bestimmungen die Leute von der Zuwanderung in die Großstädte abhalten will.

Diese Zuwanderung haben wir auch in der Provinz Sachsen. Die Provinz Sachsen hat seit dem Jahre 1918 etwa 300.000 Menschen mehr zu ernähren und unterzubringen, und das ist immerhin ein Zuwachs, der bei der Gesamtbevölkerungszahl doch sehr wesentlich in Erscheinung tritt. Diese Zuwanderung kann allerdings auch aus der Tatsache resultieren, daß Preußen weite Gebiete verloren hat. Wir sehen das gleiche aber auch bei der Industrie. Die Industrie sucht ihre Produktionsstätten aus der Peripherie des Reiches zu beziehen, möglichst nach dem Süden. Wir haben infolgedessen eine ganze Menge von neuen großen Betrieben in Mitteldeutschland, besonders in der Provinz Sachsen entstehen sehen. Daraus folgt, daß bei uns in Mitteldeutschland die soziale Not und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten sehr viel härter in Erscheinung treten müssen als in anderen Landstrichen. Das muß Reich und Staat berücksichtigen bei der Einschätzung des Wertes der Provinz Sachsen.

Bürgermeister Koch (Berlin) hat in einer Schrift, die er uns gegeben hat über die Frage, was die Städte tun sollen, angegeben, daß die Großstädte seit dem Jahre 1919 bedeutend an Jugend gewonnen haben, daß wir, wenn ich nicht irre, eine Zunahme der Bevölkerung in den Großstädten von etwa 5 Prozent allgemein zu verzeichnen haben. In einer anderen Schrift, die ich kürzlich Material nicht nur aus Deutschland, sondern aus Europa bringe, wird der Nachweis geführt, daß im Jahre 1920 in Deutschland nur 37,1 Prozent der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten, dagegen 62,9 Prozent in den Stadtgebieten vorhanden waren. Immer härter tritt in Erscheinung, was die Städte leisten muß, um diesen Zuwachs zu assimilieren, einzufangen, zu beschäftigen. Der preussische Staat hat für diese zunehmende Bevölkerung der Städte nicht das richtige Interesse.

Wir haben mit dem Zuwachs der Städte natürlich eine vermehrte Wohnungsnot. Um den Wohnungsnot zu beseitigen, hat man eine Zwangsleihe geschaffen, die Hauszinssteuer, die dazu dienen soll, neue Wohnungen dem Volk zu schaffen. Diese Zwangsleihe aber ist jetzt in eine Finanzleihe umgewandelt worden, denn die Erträge können nicht zum Wohnungsbau genutzt, sondern sie kommen im wesent-

lichen auch zugute der Finanzierung des Staates für andre Leistungen und auch der Gemeinde für andre Leistungen. Aber das, was nun für den Wohnungsbau bleibt, wird geteilt. Einen Teil bekommt die Gemeinde; einen andern Teil nimmt der Staat in den Ausgleichsfonds. Dieser Ausgleichsfonds soll dazu dienen, leistungsschwache Gemeinden in den Stand zu setzen, Häuser zu bauen. Soweit gut, aber wenn die preussische Regierung der Meinung ist, aber, wie ich einmal ganz gerecht ausdrücken möchte, wenn der Herr Wohlfahrtsminister und seine Beamten der Meinung sein sollten, daß durch einen solchen Fonds die Zuwanderung in die Großstädte abgedämmt werden kann, dann gehört er zu den Illusionisten.

Es ist doch sehr beklagenswert, daß man Wohnungen in Gegenden baut, die von der Produktion verlassen werden. Ich sprach vorher von der Metallindustrie. Die Metallindustrie hat in unserer Provinz eine Menge von Betriebsstätten stilllegen müssen. Diese Betriebsstätten aber haben auch in der Nachkriegszeit in erheblichem Umfang Wohnungen mit den Mitteln der Hauszinssteuer gebaut. Als ich dieser Tage einen Metallindustriellen fragte, wer denn jetzt eigentlich diese Wohnungen baue, sagte er mir: Wohnungen können Sie bei den verlassenen Betrieben in jeder Anzahl haben, die stehen leer, die sind frei während wir nun umkehrt in den Städten unter der furchtbaren Wohnungsnot leiden.

Es ist nicht seltenes, daß in den Städten drei Familien in einer Wohnung wohnen, die an sich schon zu klein war für eine Einzelfamilie, und daraus resultiert wieder manche üble Zersplitterung, ich glaube dies bes näheren gar nicht erst beweisen zu müssen. Man hat gesagt, die Wohnungsnot würde sofort aufhören, wenn man die Wohnungszwangswirtschaft beseitigte. Nein, damit hört sie nicht auf, es ist ganz falsch, das anzunehmen. Ich glaube, die Erklärung dafür, daß wir eine Wohnungsnot haben, liegt wohl vielmehr in dem Umstand, daß im Wohnungsbau eine völlige Umstellung eingetreten ist.

Wir in Magdeburg haben in den Jahren 1904 bis 1913, also in 10 Jahren, im Durchschnitt des Jahres 1879 neue Wohnungen gebaut. Das war für die 10jährige Dauer eine Summe von 13.700 neuen Wohnungen. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die darauf folgenden 8 Jahre überhaupt keinen Wohnungsbau mehr gebracht haben, also einen Ausfall, selbst wenn Sie nur 5 Jahre des Ausfalls der Bautätigkeit annehmen, der sich allein für Magdeburg auf rund 7000 Wohnungen beläuft. Das ist ein so gewaltiger Ausfall, daß es wirklich nicht verwunderlich ist, wenn nun in Magdeburg selbst die Wohnungsnot ganz ungeheuer groß ist. Denn in den nun folgenden Jahren seit 1919 haben wir bei weitem den natürlichen Zuwachs an Wohnungen der Vorkriegszeit nicht erreichen können. Dazu aber hatten wir eine starke Zuwanderung. Wir haben über 1000 Familiengliedern Familien aufnehmen müssen, wir haben in jünger Zeit 50 Oplantenfamilien unterbringen und haben a. B. im vorigen Jahre an 236 Beamtenfamilien Wohnungen abgeben müssen. Die Zahl der Dringlichkeitsfälle für Wohnungssuchende wächst allein in Magdeburg in einem Jahre um 500; wir kommen bei weitem nicht nach.

Was tut nun demgegenüber der preussische Wohlfahrtsminister? Das ist

ein trübes Kapitel,

das ich hier nicht übergehen kann, es ist doch nötig, daß an irgendeiner Stelle einmal die Tatsachen ganz offen dargelegt werden. Dieser Ausgleichsfonds hat aus der Stadt Magdeburg im Jahre 1924 800.000 Mark erhalten, für denselben Zeitraum hat uns der Herr Regierungspräsident 80.000 Mark, das sind 10 Prozent der Gesamtleistung, für unsre Wohnbauten zurückerhalten. Wir haben demzufolge 720.000 Mark Hauszinssteuer für Wohnbauten zahlen müssen, die nicht in Magdeburg, sondern was weiß ich irgendwo in der Welt errichtet worden sind und die zu einem Teile jetzt wahrscheinlich leer stehen, weil die Produktionsgebiete inzwischen geschlossen, die Betriebe stillgelegt sind. Wir haben im vorigen Jahre etwa insgesamt 2,8 Millionen Mark für den Ausgleichsfonds gezahlt, davon haben wir aber nur 408.000 Mark, also etwa ein Fünftel der gesamten Summe aufgebracht. Die übrigen vier Fünftel sind wieder an andere Bezirke gezahlt worden, obwohl wir in Magdeburg den Nachweis geliefert haben, daß wir im Wohnungsbau nicht nur erfahren sind, sondern daß bei uns dieser Wohnungsbau aufs beste organisiert und methodisiert worden ist.

Ich habe, daß das preussische Wohlfahrtsministerium erwägt, künftig den preussischen Großstädten die Mittel aus dem Ausgleichsfonds ganz zu verweigern, wenn der Fall eintreten sollte, daß der preussische Landtag den Staatsanteil an der Hauszinssteuer nicht in der von der Regierung geforderten Höhe bewilligt. Der Staat hat acht Vierzigstel des Aufkommens an Hauszinssteuer, also des Teiles, der für den Wohnungsbau verbleibt, für den Ausgleichsfonds gefordert. Der Staatsrat hat sich dagegen gewandt und hat nur bis fünf Vierzigstel für den Ausgleichsfonds bewilligen wollen. Aber den Teil von drei Vierzigstel schwebt jetzt wohl noch das Versehen. Die Städte müßten wie ein Mann aufstehen und gegen den preussischen Wohlfahrtsminister Stellung nehmen, wenn sich dieses Versehen bewahrheiten sollte. Ich bitte die Herren Vertreter der Staatsregierung ganz dringlich, diese schweren Bedenken, denen sich wahrscheinlich der gesamte Provinziallandtag nicht wird verschließen wollen, gegen eine weitere Kürzung der Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds an die Städte zur Sprache zu bringen.

Wenn der preussische Wohlfahrtsminister bestrebt ist, den Zu- gang aus den Städten abzuhalten, dann will ich ihm einen Rat geben. Ich will ihm empfehlen, zunächst einmal Erwerbsmöglichkeiten auf dem flachen Lande für die zu schaffen, die heute erwerbslos durch die großen Städte irren. Ich will ihm empfehlen, die soziale Fürsorge auch in den ländlichen Gebieten damit auszubauen, daß die Erwerbslosen dort eine möglichst erträgliche Existenz finden. Wenn er dieses Kunststück fertigbringt, dann hat es einen Sinn, den Wohnungsbau auf dem Lande in solchen Gegenden zu betreiben, die für das menschliche Leben angenehmer sind, als der Aufenthalt in den engen und dampfen Gassen der Großstadt. Aber solange er das nicht kann, soll er es unterlassen, die Städte zu benachteiligen bei der Verteilung der Einnahmen, die die städtischen Mieter für den Wohnungsbau in der Stadt aufgebracht haben. Nicht durch willkürliche Veranschlagung der Stadtbewohner und nicht durch Begünstigung der von den notleidenden Mietern der Großstädte aufgebrauchten Einnahmanteile kann man die Verhältnisse bessern, sondern dadurch, daß man zunächst einmal soziale Erwerbsmöglichkeiten außerhalb der Großstädte schafft.

hat die Hochrechnung allerdings auch in Deutschland eine Verbesserung gebracht.

Der Diebstahlsgewinn ist gewaltig. In England, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, in Jugoslawien, in Serbien, in Kroatien, in Ungarn, in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Finnland, in Schweden, in Dänemark, in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in

LICHT SPIELE

WALHALLA

Achtung!
Präsentiert das Gewehr
Augen gerade
ausgerechnet auf

Pat und Patachon im Prater

Der neueste Film! Der Riesenerfolg!
Das vielseitige Beiprogramm!

Der beängstigende Andrang
zu der Verabschiedung veranlaßt uns nochmals auf
zu bitten, die ersten Vorstellungen zu besuchen.

Sonntags: Beginn 2 1/2 Uhr

Tapeten

kaufen Sie enorm billig infolge meiner ganz
bedeutend herabgesetzten Preise.

1-Roll-Blöße Farbe Ia. 1.50
garantiert nicht weistrübend

Carl Bödecker,
Tapeten, Lacke und Farben
Breiter Weg 127, Ecke Reilstraße.

**Bevor Sie
Möbel kaufen, prüfen
Sie unsere äußerst
billigen Preise!**

Gäste in all. Maß u. Art. 2.50 an
Eiche l. u. eiche u. Art. 25.00 an
Schiffen mit Matrizen
in Maß u. eiche u. Art. 48.00 an
Klebergründe in eiche
und nussbaum von Art. 60.00 an
Schreibtische in eiche,
solide Arbeit u. von Art. 85.00 an
Büchergründe in eiche,
10 cm br. mod. Form u. Art. 205.00 an
Staubwägen in eiche, mit
la. Messingwägen u. Art. 148.00 an

Jürgens & Co.
Möbel-Vertriebs-Gesellschaft
m. b. H.
Domplatz, altes Zeughaus.
Telephon Nr. 8361.



**Parlophon-
Beka-
Musikplatten**

sind von ganz her-
vorragendem Wohl-
klang. In bester Aus-
wahl zu haben nur
im

**Parlophon-Gaus
Silbermann
Breiter Weg 10**

Butterkartoffeln
gesund, großköpfig,
Eiweißkartoffeln
weiße und gelbe,
Cartoffeln
Magdebg. blaue, früh;
Kaiserkrone früh; In-
dustrie, Obenwäld. blau.
Up-to-date Futtermittel.
Gerste, Weizen, Hafer,
Mais, Erbsen, Bohnen,
Kartoffelrüben, Acker-
gersten, Gerstenschrot,
haben laufend a. Lager

Gustav Bauer & Co.
Karlshagenstraße 60,
Telephon 1002.



**Gib ihm Kruschen-Salz,
denn er hat schlechte Laune,**
sonst würde er frühmorgens der kleinen Katze, die ihm über
den Weg läuft, den Fußtritt nicht geben. In guter Stimmung
ist aber bekanntlich nur der gesunde, sich wohlfühlende Mensch.
Nehmen Sie deshalb täglich frühmorgens die kleine Messer-
spitze **Kruschen-Salz**, das wird Sie gesund, energisch und
voller Lebensfreude erhalten.

Ein begeistertes Kruschen-Verbraucher schreibt uns wörtlich wie folgt:

E. B. in Welper b. Hattungen a. d. Ruhr: Es bereitet mir ein Vergnügen
Ihnen mitzuteilen, wie sehr gut mir Ihr **Kruschen-Salz** tut. Schlaflosigkeit,
Mattigkeit in den Gliedern, Stuhlverstopfung usw. waren bei mir tägliche
Beschwerden. Ich muß offen
gestehen, seit der Zeit, wo ich
Kruschen-Salz nehme, bin
ich ein ganz anderer Mensch.
Deshalb geb' ich Euch Allen
den guten Rat / Wollt etwas
Gut's Ihr erreichen, / So seid
auf der Hut, / Und achtet ge-
nau auf das Erkennungszeichen.
Weist alles, was mocht, so-
gleich von der Hand, / Denn
Kruschen-Salz nur alleine
ist das Symbol und gibt Euch
bekannt, / Daß Ihr stark und
gesund auf d's Beins!

Kruschen Salz

In Apotheken und Drogerien M. 2.—
pro Glas, für 3 Monate ausreichend.

BEUTHIEN & SCHULTZ G. M. B. H. BERLIN N 39, PANKSTR. 13-14
Auslieferungslager für den Bezirk Magdeburg „Wabra“
Handelsgesellschaft für chemische und pharmazeu-
tische Erzeugnisse m. b. H.
Magdeburg, Augustastr. 17. — Fernruf: Stephan 41024.

Nur noch kurze Zeit!

Circus Busch

Wagners Dr. J. Busch.

Der große, neue Spielplan!

Vorverkauf: Verkehrsverein, Breiter Weg u. Chron.

kauf man am besten in der

Klassiker

**Buchhandlung
Volksstimme.**

für
Gartenbesitzer!

empfehle preiswert
Kunstlicher
Doppelstein
Stollen
Dachplatten
Festbeton
Schalsteine
Betonarbeiten
Bauspähle usw.

Kurt Schumann
Rathhofhandlung
Sünderstr. 25
(Friedrichstraße)

**Kanari-
Ankauf**
10 g 10
wächst, Preis
am Platze

**NEUER, Schrotenstraße 34,
(Ecke Marktstraße)**
in. Rabien u. Glang

Chaffelougue,
Wulstige Matrizen,
reelle Werkstattarbeit,
aus. preisw. zu verkaufen.
Karl Böncke,
Spezial-Vollwerker,
Apfelstraße 3, part.

Nähmaschinen
ausg. n. g. n. z., fast
Eckert, Lichtertrugstr. 28

Kräutergut
belegt, schnell, sauber,
mit, ungeschl. Juden
u. fast alle Panfleib.
100000 f. dem. Vad.
1.50. Weg. Lorenz,
H. Markt 28. Auf Berl.

**Chaffelougues
Sofas**
recht billig, a. Mat.-Zahl
Festbetten, Korbmöbel
Mittelsche Hauptstädte,
Eing. Große Marktstr.

2 gut erh. Kinder-
Gitarren preisw.
zu verkaufen. Neuwahl,
Kugelfischerstr. 21.

**Wunderl. Unterzucht im
Weißbähen,
Schneidern**
Franz Eichel,
D. v. Gericke-Str. 46

Schönferrle ring
ohne Kost nach Karl
Zehner, Mittelstr. 11a.

Ein ja. Rösch u. Mann
hat jedl. Bettm. 3 er r
Schumann, Otto von
Gericke-Str. 44, 5 4 2 r.

Schulzen-
straße 88

Barby

Die ausgegebenen Reparaturkarten
tragen letzte Nr. nicht über 100. Das Paar
Schuhe, welches die Nr.
200 erhält, wird **gratis**
repariert und dazu auf Sohlen und Abfüße
neu gewartet werden.
Das Beste! Die Reparaturpreise sind außerst
günstig gestellt.

Herren-Sohlen und Abfüße 4.00 RT.
Damen-Sohlen und Abfüße 3.80 RT.
Kinder-Sohlen u. Abfüße je nach Größe
Sohlen, randgenährt, 60 Pf. mehr.

Willi Paasche,
Federhandlung Schuhwarenhandlung
Schuh- und Reparaturwerkstatt.

Metallbetten
Stahlmattressen, Kinderbetten, eintr. an Priv.
Katal. 1940 frei. Eisenmöbelfabr. Stahl (Thür.)

Bekanntmachung.
Der nächste diesige Jahrmarkt findet am
23. und 24. März d. J. Mitt. Viehmarkt darf
wegen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche
im diesigen Kreis nicht abgehalten werden.
B u r g, den 19. März 1926.
Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.
Bei Ausbruch eines Brandes ist es die un-
bedingte Pflicht eines jeden, die der Brandstelle
nächst gelegene Feuerwehreinrichtung zur schnellsten
Alarmierung der nächstgelegenen freiwilligen Feuer-
wehr ohne jede Vergütung von der drohenden Ge-
fahr in Kenntnis zu setzen, da es dringend
notwendig ist, jeden Brandherd durch früh-
zeitiges Eingreifen der Feuerwehr schon im
Keime zu erlösen, um hierdurch den Ausbruch
eines größeren Schadenfeuer zu verhindern zu
können. Die von der freiwilligen Stadtfeuer-
wehr eingerichteten Feuerwehreinrichtungen befinden
sich jetzt bei nachstehend aufgeführten Orten:
1. Franz Klaus, Mühlstraße, Stendaler Str. 2.
2. Karl Jodum, Wäldemühl, Stendaler Str. 17.
3. E. Hempel, Tischlerm., Magdeburger Str. 4.
4. Theodor Bornmann, Porzellan, Lange Str. 7.
5. H. Seifert, Wäldemühl, Lange Str. 38.
6. H. Döbelin, Wäldemühl, Gängestr. 24.
7. H. Werten, Schuhmacherm., Arneburg, Str. 2.
8. H. Hermann, Wäldemühl, Hismarktstr. 12.
9. H. Haumann, Kapellmühl, Hagenstr. 60/61.
10. Walter Seiler, Formmeister Wäldemühl, 62.
11. Carl Rüdiger, Schlachthausgelager, Wäldemühl
(Schlachthof).
Ferner kann Feuer gemeldet werden bei
den Brandwehrlern
Fritz Kohlenstein, Lange Straße 70.
Kurt Kötting, Friedrichstraße 62.
In der Polizeiwache im Rathaus und im nächst-
gelegenen Elektricitätswerk.
Wir bitten die Haus- und Werkstätten-
eigener bzw. deren Stellvertreter, von den
Feuerwehreinrichtungen Kenntnis zu nehmen und ge-
eignetenfalls den Ort der nächstgelegenen Weh-
stelle an gut sichtbarer Stelle im Wohnhaus
bzw. in der Werkstatt durch Anschlag oder in
sonst geeigneter Weise zu vermerken.
Zamgermünde, den 18. März 1926
Der Magistrat. Tenner.

Sonntag 1/2 3 Uhr
Das prächtigste Programm

Henny Porten

in ihrem neuesten und
schönsten Film

Rosen aus dem Süden

und der große Sensationsfilm

Tornado

entfesselte Gewalten.

Zwei kleinen Schallbeiß
Kassette Nr. 41.

Stadttheater Stendal.
Sonntag, 21. März, nachm. 3 Uhr: Märchen-
wachtel! Der geliebte Vater.
Dienstag, 22. März: Die Götter der Welt.
Mittwoch, 23. März: Der tolle Scherenz.
Freitag, 25. März: Der tolle Scherenz.
Samstag, 26. März: Der tolle Scherenz.
Die verjüngte Glocke.

Hofjäger.
heute Sonntag, ab 4 Uhr
im großen Saal

TANZ

heute Sonntag sowie jeden
Dienstag, Mittwoch und
Donnerstag, nachm. 4 Uhr:

Raffectonzert

mitunter Bühnen

Billigste Bezugsquelle!

Sprechmaschinen Platten und Ersatzteile

oder Net

Müllers Sprechmaschinen G. m. b. H.
Karlshagenstraße 60, Telephon 1002
Magdeburg, Glang
Eigene und Reparaturwerkstatt

Güte
Chinesen - Subbodenlackfarbe
amerikan. beste Qualität,
unübertroffen in Güte u. Glanz,
per kg 1.80 RT.

Knefeler & Ulrich,
Gute Marktstr. 19.

Mars-Fahrräder
schonst leicht, wartbar, Spiegelmaschinen,
Zusch. nach Kapazität.

mit Gelp. und Klappstiel, in 85 Markt
leiser Laufleistung

Größe Hauptwahl, Schall, gefaltet
R. Wunderling
Karlshagenstraße 60 - Telephon 1002.

**Somsonthe!
Stobemie!**

Krankheitsbehandlung u.
Wunden, Kröpfen- u.
Kinder-Krankheiten
mit Dr. S. Somme
Spezial- u. e.
Franz - Unterleibs-
und Hautkrankheiten.
Gang. u. Hiesleib.

E. Wilmann,
Gr. Marktstr. 4, 1. St.
Sonnt. 9-11, Sam. 11-1.
Krankenhaus.

Größe Güte
gelbe Weib.
1.50 RT.
andere Farb-
Zugspähle
Eckert, Lichtertrugstr. 28.

Vertreter
für den Verkauf meiner
Polystylen- und
Zellulose geformt.

Hohe Provision.
Neurobe
L. G. G. G.

**Gründl. Unterricht im
Weißbähen,
Schneidern**
Franz Eichel,
D. v. Gericke-Str. 46

Schönferrle ring
ohne Kost nach Karl
Zehner, Mittelstr. 11a.

Ein ja. Rösch u. Mann
hat jedl. Bettm. 3 er r
Schumann, Otto von
Gericke-Str. 44, 5 4 2 r.

Möbel haben
mit gefüllten, Korb-
möbeln, sehr gut billig
und leicht aus

Die Güte
Karlshagenstraße 60, 1002

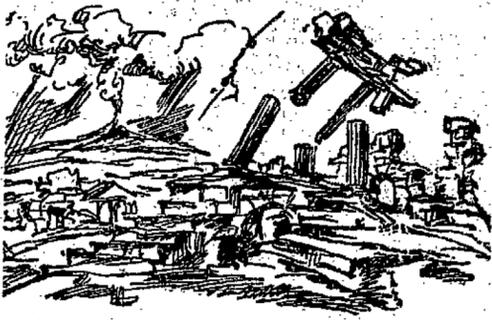
Bekanntmachung.
Der Entwurf in dem Haushaltsetat der
diesigen Stadt für die Sommerferien auf das
Sommerfest 1926 liegt gemäß § 66 der
Städteordnung in der Zeit vom 20. März bis
einschließlich 27. März 1926 während der ge-
wöhnlichen Geschäftsstunden zur Einsicht (Sonder-
licher Einsicht) der Stadt im diesigen
Magistratsbureau, Zimmer 18, Nr. 1926.
Zamgermünde, den 18. März 1926.
Der Magistrat. u. S. K. r. r.

Bekanntmachung.
für jedes Bett nach Maß
Fritz Rukowski,
Matratzen-Fabrik,
Rathhofstraße Nr. 1.

Kein Laden! Direkt ab Werk Plauen Keine Ladenunkosten!

Schleiergardinen	Meter von 69 RT. an	Madras-Garnturen	Paar von 4.50 an
Haustores	Stück von 1.75 an	Bettdecken (mit 2 Rollen)	Stück von 7.50 an
Künstl. Gardinen	Paar von 2.75 an	Madras 120 cm breit	Meter von 2.50 an
Stores für Balken, Fenster, etc.	Stück von 7.50 an	Rollstoffe 60, 120 und 180 cm breit	Meter von 90 RT. an

Lieferant des Deutschen Bauernbundes



Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus

Demnächst:

Die letzten Tage von Pompeji.



Walhalla-Gaststätten
Apfelstr. 12
Ab 4 Uhr nachm. u. abends Konzert.
Bernhardi Claus
mit seinem Orchester.
!!! Hans Frätzer !!!

UBERSEEREISEN



REGELMÄSSIGE
**PERSONEN- UND
FRACHTBEFÖRDERUNG**
NACH ALLEN TEILEN DER WELT

Nach New York und Boston gemeinsam mit
UNITED AMERICAN LINES

Gelegenheit zu
**VERGNÜGLINGS- UND
ERHOLUNGSREISEN ZUR SEE**
mit den Dampfern der regelmäßigen Dienste.

Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG / ALSTERDAMM 25
und deren Vertreter an allen größeren Plätzen des In- und Auslandes
in Magdeburg, Reisebüro der H. A. L., Alte Ulrichstr. 7
Frachtauskünfte erteilt das Schiffsfrachtkontor
G. m. b. H., Magdeburg, Breiter Weg 14, Fernsprecher 3092.

ZENTRAL

Heute Sonntag zwei Vorstellungen
3 1/2 Uhr (kleine Preise) und 7 1/2 Uhr

Gräfin Mariza
Am Freitag den 20. März
75. Jubiläums-Aufführung
Gräfin Mariza
Ständetägiger Kartenvorverkauf!

Zentraltheater - Restaurant
Heute Sonntag
Spezialauswahl des berühmten
Bodensteiner Bieres.
Tägl. Stamngerichte
von 70 Pf. an.

Im grünen Saal Gr. Saal
2 Orchester, u. a.:
Kapelle Jean R. Reago.
Aufführungen von Karl Waterstradt.
LUCULLUS
3. Band Hans-Dito Bengminat.

Casino - Lichtspiele

Breiter Weg 104
Gegüber dem Zentraltheater

Mit Genehmigung des Fürstlichen
von Wexlau erstmalige Original-
Aufnahmen von

Monte Carlo
(Das Paradies der Liebe)
mit Betty Balfour - 8 Akte.
Ferner das tolle Lustspiel

Alles wegen ihr
Neueste Trianon-Wochel
Phantasia aus Travlata.
- Prachtvolle Aufnahmen! -
Flotte Handlung! Gute Musik!
Der Besuch unserer Theater wird Sie
überberraschen!

Spielbeginn: Wochentags 4 1/2 Uhr,
Sonntags 2 1/2 Uhr.

SALZQUELLE

Heute sowie jeden Sonntag
Konzert
mit dem Orchester.
Anfang 4 Uhr

Anschließend **Sonnenschein-Ball**

Konzerthaus

Heute Sonntag im großen Saal ab 4 Uhr
Gr. Gesellschaftsb. Ball.
Herrliche Beleuchtung. Doppeltapelle.

Kleiner Saal
Neue Kapelle!

TIVOLI

Magdeburg-Friedrichstadt Magdeburg-Friedrichstadt
Jeden Sonntag gr. Gesellschaftsb. Ball
Jeden Mittwoch Kränzchen.

Hopfengarten

Seipziger Straße 45 b - Telefon 42310.
Sonntag ab 4 Uhr
Gesellschaftsb. Ball

Otto Wolters

Kölnener Straße 18
2 Minuten vom Hauptbahnhof
Siechenbier-Spezialauschank
verbunden mit
Fleischerei-Betrieb

Winters Gesellschaftshaus

Alte Neustadt, Köpcke'sche Straße 80.
Jeden Sonntag: 706
Im Café: **Künstler-Konzert**
Im Saal: **Großer
Gesellschaftsb. Ball**
Eintritt frei. Eintritt frei.
Original-Jazzband-Kapelle.
Anfang 4 1/2 Uhr.

FÜRSTENHOF-ARKADIA

Sonntag 3 1/2 Uhr. Zum 1. Male!
Das prächtige Ostermärchen in 4 Akten
Königskinder od. Prinzessin u.
Mitternachtsbesuch.
Die Erziehung d. D. Osterhase kommt
3. Im tiefen Walde. Das Gute liegt
R. Preise: Spezial 50., Saalpl. 30.
8 Uhr. - 8 Uhr.
Der große Courtis. - Mäurer-Roman
Aus erster Ehe!
Dramat. i. 1. Akt. 7 Akte u. Ritterfeld.
Die Presse schreibt: In spannender
Weise werden dramatische Szenen an
Witbern künftigen Amara. Der
beste Courtis-Mäurer um
Konkurrenz. billige Eintrittspreise.
Vorverkauf heute 11-12 u. ab 3 Uhr.
Montag: Aus erster Ehe.

Neinstedter Hof

Heute Sonntag
Gesellschaftsb. Ball

National - Festsäle

Inh.: Wilhelm Berger, Hohepoststraße 57. - Tel. 8028.
Heute sowie jeden Sonntag
Kaffee-Freikonzert mit nachfolgendem
Tanz.
Im kleinen Saal ab 4 Uhr Tanz.

Wilhelmspark

Heute Sonntag ab 4 Uhr
Großer Gesellschaftsb. Ball
Volles Orchester! Neueste Schläger!
Mittwoch Tanz!

Heute bis Montag!

Jackie Coogan
der Siebzigste von alt und jung als
Der Boy v. Flandern
Schauspiel ein klein Verlassen
Black, der König der Pralle
Sens. Abenteuer aus d. westl. Steppe

Bühnenschauspiel:
Die größte Weltattraktion!
Schwarz-Company
in ihrem sensationellen lustigen Schläger
Der zerbrochene Spiegel

Der Gipfel der Komik!
Sensationaler Gelingenfolg!

Auf der Bühne:
TARZAN
?? Mensch oder Affe ??
Großer spannender Sens.-Erfolg.

Dazu das Riesenschauspiel:
Die Pflanzendame
Schauspiel ein klein Verlassen
Ein Bühnendrama von Federhofer Spannung
Im siebenten Himmel
Zwergherrenschütterndes Abenteuer
der lustigen Brüder
Pat und Patschen

Ruth Seyher u. Bruno Kallner
Königliche
Ständebühne aus dem Leben einer Tänzerin
Ober in Marys Dachkammer
Gr. Lustspiel, Schläger, 5 Akte in 1000er Gelingenfolg!

Heute bis Montag!

Stadtheater
Sonntag 21. März
Auf 7 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr
8. Abend
Der Mazurka-Oberst
Kom. Oper von Sorping
Montag 22. März
Auf 8 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr
1. Abend
Schauspiel mit 3 Akten
Zertritten u. Stinde
Handlung von Wagner

Wilhelm-Theater
Offene Bühne
Sonntag 21. März und
Sonntag 28. März, 11 Uhr
Der große Erfolg!!
Der fröhliche Jäger
Schauspiel u. 2. Handlung
Sonntag 27. März,
8 Uhr
Kassenschauspiel:
Die rote Straße
Schauspiel mit 3 Akten
Montag 22. März
8 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr
Schauspiel u. 2. Handlung
Sonntag 21. März, 11 Uhr

Deulig-Palast

Lichtspiele
**Die Lieblingsfran
des
Maharadscha**
mit
Gunnar Tolnaes
der
Welterfolg!
- Sechste Lage -
Beginn: Sonntag 2.30 Uhr.

Panorama

Lichtspiele
Ein neuer Stuart Webbs!
Der Schuß im Pavillon.
Der weiße Reiter
" von Colorado "
Der fabelhafte Bildwerk-Film.
Die neueste Deuligwoche.
Beginn: Sonntag 3 Uhr.

Kammer

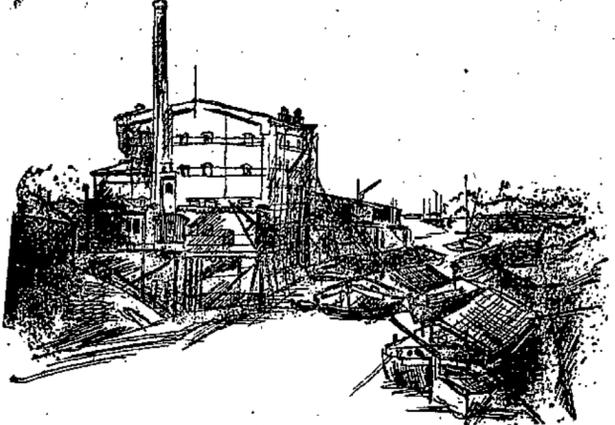
Lichtspiele
**Die Tänzerin der
Großen Oper**
mit dem beliebten **Biscot Meyer.**
Er, Sie und Hamlet
mit Pat und Patschen.
Auf der Bühne:
Der Riesenerfolg!
Die Pat-und-Patschen-
" Typen-Darsteller. "
Beginn: Sonntag 3 Uhr.

Heute bis Montag!

Mien.

Wer von Magdeburg nach Mien will und die Erledigung seiner Reise mittels der Eisenbahn beabsichtigt, wird in dem Fahrplan einen recht willkürlichen Gehilfen vorfinden. Mien liegt nämlich in der Gegend unferes Bezirks, die durch das Westufer der Elbe und die anhaltische Grenze gebildet wird, und der wohlthätige Partikularismus einer vergangenen Zeit erlaubte doch nicht, eine Eisenbahnbaupolitik zu treiben, die auch einem andern deutschen Ländchen — dem Ausland — zugute kommen konnte. So hat Mien heute nicht nur eine Nebenbahn, die höchst umständlich die Reisenden aus der weiten lauten Welt in sein stilles Weichbild führt, sondern auch eine Stadtbahn, die vor den Fluten der Elbe haltmachen muß und höchstens in der Gestalt einer Fähre eine Art Fortsetzung der Verkehrsmöglichkeit auf das andre Ufer der Elbe. wo ja auch noch Menschen wohnen, finden kann.

Als Heimatmensch wollte ich mir von Warby aus aber doch einmal das Nachbarstädtchen angucken, und da mir die Eisenbahn Einsparung und Rückfahrt nach dem nur vier Meilen entlegenen Orte innerhalb einer Sonnenzeit nicht erlaubte, bemühte ich mich um ein Auto, das mich dann auch in ein paar Dukend Minuten hinübertrug. Die Fähre bei Groß-Rosenburg nahm uns über die

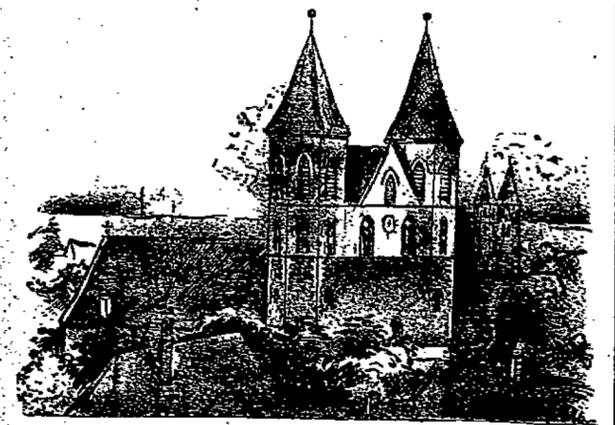


Am Hafen.

Saale, die hier so gar keinen Anklang hat an die alte schöne Volksweise: An der Saale hellem Strande stehen Burgen stolz und kühn. Zwischen ebenen Ufern fließt sie gemächlich dahin, um sich oberhalb Warbys unweit des Saalhorns mit der großen Schwester vom R. jengebirge zu vereinen. Herrliche Laubwälder begleiteten uns fast den ganzen Weg zur Linen, während sich zur Rechten fruchtbare, dunkle Felder ausbreiteten, ein Geschenk des kraftstrotzenden Urstromtals. In Groß-Rosenburg begrüßten uns ein „Großer Kurfürst“ und ein „Alter Fritz“. Im letztern Lokal sollte ich später noch einmal sprechen und fand alsdann in einem Wibe den König, nach dem das Lokal sich nannte, als Zuhörer meiner sozialdemokratischen Gedankengänge. Ein andres Dörflein fiel mir dadurch auf, daß fast jedes Häuschen, und war es noch so niedrig, seinen Dachblecher trug; in der Regel waren deren sogar zwei oder drei auf dem Dache vorhanden. Die Bewohner scheinen einmal keine guten Erfahrungen mit den Funken aus der Luft gemacht zu haben. Leider habe ich den Namen des Dörfleins vergessen.

Mien ist ein sauberes Kleinstädtchen von ungefähr 10 000 Einwohnern. Wir fahren an alten, einiönigen Gebäuden vorbei, deren Milchglasfenster uns erzählen, daß sie heute einer Schul-Unterkommen bieten. Von städtischer Erscheinung sind die Sankt-Marien- und die St.-Nikolai-Kirche, die jede mit zwei Türmen dem Wanderer schon weithin das Dasein einer nicht unbedeutenden bewohnten Stätte verraten. Auf dem Markte, der freundlich und geräumig ist, wird haltgemacht, und ich trete in einen Laden, um einige Kleinigkeiten zu erwerben. Die Inhaberin klagt über den schlechten Geschäftsgang. Die werthtätige Bevölkerung habe keine Kaufkraft mehr, und die wohlhabenden Kreise fahren nach außerhalb, um einzukaufen. In einem am Markte gelegenen Gasthaus wird eine heiße Tasse Kaffee getrunken. Ich greife nach der auf dem Tische liegenden Zeitung in der Annahme, eins der bekannten großen oder kleinen Rechtsblätter vorzufinden, und bin überrascht, in der „Mitteldeutschen Rundschau“ endlich einmal ein Blatt zu finden, das nicht nur nicht gegen die Republik heßt, sondern sie sogar verteidigt. Mien stieg gewaltig in meiner Meinung.

Alsdann vertiefe ich mich in die „Geschichte der Stadt Mien an der Elbe“, einem kleinen Büchlein, verfaßt vom Oberlehrer Dr. Otto Gorgas aus Köthen, das ich als letztes seiner Mohntäter in dem vorhin erwähnten Laden gerade noch erwischen konnte. Aus seinem Inhalt will ich das Wichtigste erzählen.

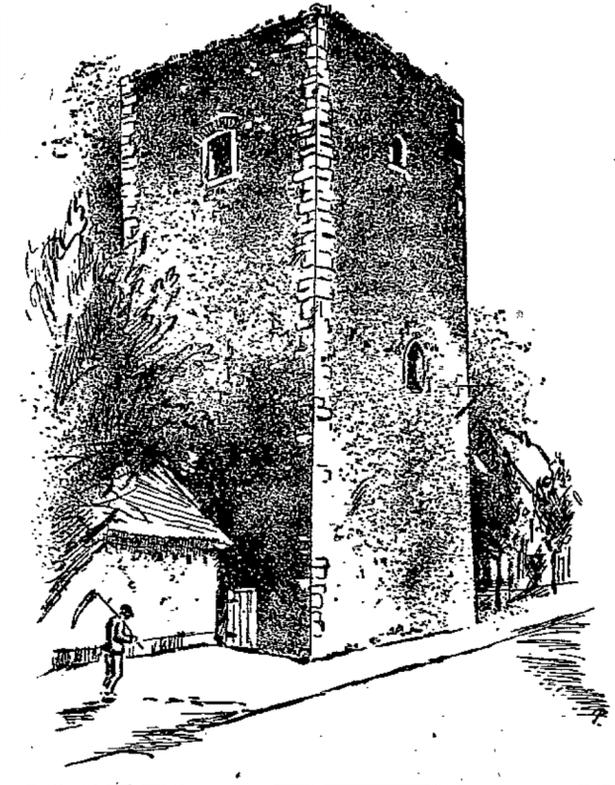


St. Marien- und St. Nikolai-Kirche.

Da soll in uralten Zeiten in der Gegend, wo Mien jetzt noch liegt, ein dichter Urwald, aus Eichen bestehend, gewesen sein, als dessen letzte Reste sich heute noch der Wäldertrichter und der Stedder Forst vorstellen. Wann die erste Anlage der Stadt gewesen ist, läßt sich nur vermuten. Jedenfalls liegt die Annahme nahe, daß der Vater Albrechts des Bären, der Kämmerer Graf Otto der Reiche zum Schutze seines Besitzes gegen die unruhigen Wenden die Burg Mien erbaute. Albrecht der Bär soll dann Kolonisten aus den Wassergegenden Hollands und Seelands herbeigerufen haben, mit denen der Namen Mien in Verbindung gebracht wird, da Mien wie Mochen nichts andres als aqua = Wasser bedeute. Urkundlich wird der Name Mien zuerst 1219 genannt, wo von einem Waltherus de Mien die Rede ist. Zuverlässiger wird die Geschichte der Stadt endlich vom 13. Jahrhundert an, als der Ort unter der Herrschaft Albrechts I. einen schnellen Aufschwung nimmt. Da werden schon die einzelnen Kirchen erwähnt, von denen besonders die Kirche und das Kollegiatstift zu St. Nikolai interessant sind, weil sie zum Bantapel zwischen Herrschaft und Bevölkerung wurden. Die Magdeburger Erzbischöfe wußten aus dieser Tatsache ihren Vorteil bald herauszuschlagen. Nach einem Kampfe von hundert Jahren erreichte es der Krummschab, daß Mien von den Herzögen Adolf, Albrecht und Bengel gegen 2000 Schock Groschen Freiberger Münze an Magdeburg abgetreten wurde (1389). An diese Zeit erinnert das noch heute als Stadt- und Kirchenregel

geführte Wappen der Stadt: zwei kreuzförmige, mit spitzen Helmen versehene und durch einen Zwischenbau verbundene Türme, dazwischen ein Bischof im Ornat stehend, in der Rechten den goldenen Hirtenstab, die Linke segnend erhoben, auf jeder Seite der Türme ein vieredriges, nach unten abgerundetes Schild mit dem Haupte des heiligen Moritz, der des magdeburgischen Erzbischofs Schirmherr war.

Unter den Magdeburger Erzbischöfen stand Mien von 1389 bis 1680. Sie achteten ihrer Erwerbungen aber, wie der Chronist erzählt, nicht sonderlich, höchstens daß sie ihnen mit ihren reichen Einkünften bei Geldberlegenheiten als geeignetes Pfandobjekt galt. So verpfändeten sie Erzbischof Günter für 1700 Gulden an Kaspar von dem Winkel, und sein Nachfolger Friedrich 3. für 2000 rheinische Gulden an Hans Schenke und Hans von Krumpstorf. Das Neuhäuser der Stadt muß damals schon einen recht stattlichen Anblick geboten haben. Wahrscheinlich hatte sie damals, und vielleicht gar von Anfang an, schon die jetzigen Grenzen. Freilich waren die Häuser noch aus Holz, auch die Kirchen und mit Stroh oder Schindeln bedeckt. Statt der Stadtmauer muß noch an mehreren Stellen eine Palisadenreihe oder Bretterwand gewesen sein, doch waren die Tore schon befestigt. Die Wahrnehmung der städtischen Angelegenheiten wie die Handhabung der Rechtspflege lag in der Hand des Rates, der aus drei jährlich wechselnden Mitteln bestand, so daß jedes Mittel alle 3 Jahre zur Regierung kam; ein solches setzte sich zusammen aus dem Bürgermeister, dem Kammerer und zwei Ratsherren. Der jährliche Ratwechsel wurde dem erzbischöflichen Landesherren gemeldet und von diesem bestätigt. Dagegen blieb der Stadtschreiber beständig im Amte. Die Justiz übte der erzbischöfliche Richter, der auf der alten Burg saß, gemeinschaftlich mit dem Rat und in dessen Namen aus, weshalb er auch zum Teil von der Stadt als Stadtrichter besoldet wurde und die Untergerichts lautete: Gerichte und Rat zu Mien. Das Interesse der Bürgerschaft gegenüber dem Rate verfolgten die sechs Schöffen oder die Sechsmänner. Die Einkünfte der Ratsherren waren gering und brauchten auch nicht bedeutend zu sein, weil sie sämtlich die angesehensten Bürger der Stadt waren und bürgerliche Nahrung, besonders Brauen und Kornhandel, trieben. Der Bürgermeister bezog 40 Taler, der Kammerer 30 Taler, jeder der beiden Ratsherren 20 Taler; der Stadtschreiber, der ja hauptsächlich beschäftigt war, erhielt jährlich 65 Taler Gehalt. Gleich nachdem die Reformation in dem nahen Wittenberg ihren Anfang genommen hatte, fanden sich auch in Mien viele



Deffauer Tor.

Freunde und Anhänger der neuen Lehre. Auf einem Landtag zu Calbe bewilligte der Erzbischof Albrecht den Ständen, welche nur unter dieser Bedingung 290 000 Taler erzbischöfliche Schulden (Erzbischof Albrecht war ein Hohenzoller!) bezahlen wollten, die freie evangelische Religionsübung mit Ausnahme der Stifter und Klöster. Der erste evangelische Prediger wurde von den Bürgern selbst unterhalten; daher kam es, daß noch bis vor 120 Jahren die Stadtkasse die Prediger und Lehrer besolden mußte. Im schmalkaldischen Kriege, der ersten blutigen Auseinandersetzung zwischen Katholiken und Evangelischen, mußten österreichische und spanische Truppen bis in die Mener Gegend gekommen sein. Zwei städtische Abgesandte wurden in das kaiserliche Lager vor Wittenberg geschickt; sie brachten einen von Herzog Alba eigenhändig unterzeichneten Saubegardbrief mit. 1583 besuchte die Pest die Stadt; nicht weniger als 409 Begrabene sind im Totenbuch vermerkt, während sonst jährlich nur etwa 40 Menschen starben. 1599 weist das Kirchenbuch gar 533 Verstorbene auf außer denen, die noch heimlich beerdigt wurden. 1625 gab es die erste Einquartierung des Dreißigjährigen Krieges; 1000 Kaiserliche besetzten die Stadt, welche dazu 6256 Taler Kriegssteuern bezahlen mußte. Die nächsten Jahre machten es nicht billiger. Zum äußern Feinde kam innerer Unfriede. Mit Recht waren die Bürger unwillig darüber, daß zwölf der angesehensten Grundeigentümer (die 3 Ratsmittel) in solchen Zeiten allgemeiner Not von allen Lasten frei blieben. 1645 kostete der Durchzug des schwedischen Pfalzgrafen Karl Gustav der Stadt 7500 Taler, und noch kurz vor dem Westfälischen Frieden — am 15. Juni 1648 — mußte sie noch einmal an die Generalität 500 Taler Prästentgelder zahlen. Die Stadt war entvölkert, verwüstet und tief verschuldet; der alte Wohlstand sollte niemals wiederkommen.

Mit dem Erstift Magdeburg fiel auch Mien 1680 an das Kurfürstentum Brandenburg. Die Erbhabung, die für den 15. Oktober 1680 festgesetzt war, konnte der herrschenden Pest wegen erst 1689 in Halle vollzogen werden. Die Krönungsfeier für den neuen König Friedrich I. betrug seitens der Stadt nicht weniger als 447 Taler, und mußte sie 1709 zu seiner Vermählung noch einmal 494 Taler leisten. Eine andre drückende Last unter der Herrschaft des Hohenzollerngeschlechts waren — besonders seit 1715 — die gewaltsamen Werbungen. Große Leute für Friedrich Wilhelms I. Reservearmee nahm man, wo man sie fand; selbst Mener Bürger wurden von Offizieren und Sergeanten weggenommen. Reichste die Werbung nicht zu, so mußte die Stadt Rekruten stellen. Diese wurden unter den jungen Leuten willkürlich ausgesucht und des Nachts oft unter blutigen Händeln aus dem Bette geholt. Gatte die Stadt lieberliche, trunksüchtige Bürger, so lieferte sie solche als Soldaten ab. Der Siebenjährige Krieg zerstückte den Mener Kornhandel. Die Magdeburger Kornkammer erhielt von Friedrich dem Großen Befehl, ihre Magazine

aufzufüllen. Infolgedessen kam sie auf den Einfall, ein Höchstmaß der Preise festzusetzen. Niemand sollte höher kaufen oder verkaufen als den Wispel Weizen zu 86 Taler, Roggen zu 82 Taler und so weiter. Den Landleuten, welche ihre Vorräte nicht zu Markte bringen würden, wurde schwere Strafe angedroht. Die Verordnung bewirkte aber das Gegenteil: die Preise stiegen mit jedem Tage; zuletzt litten die Städte wirklichen Mangel, weil die Bauern kein Getreide mehr hereinbrachten, und mußte die Kammer nach einigen Wochen ihren Schritt zurücktun.

Auch in der Kriegszeit von 1808 bis 1815 hatte Mien schwer zu leiden. Das Durchmarschieren und Verpflegen kleiner Truppenabteilungen nahm kein Ende. 1807 wurde die Stadt zum Königreich Westfalen geschlagen und bekam einen Maire und mehrere Adjunkte. 1809 plünderte eine Abteilung des preussischen Husarenmajors von Schill die städtischen Kassen. Anfang Februar 1813 kamen von Herbst her über die gefrorne Elbe die traurigen Reste von mehreren französischen Kavallerieregimentern aus dem russischen Feldzug. Sie brachten ein böses Fieber mit, an dem auch in Mien viele Menschen starben. Am 8. April desselben Jahres begannen die Preußen unter General York bei Dessau eine Brücke über die Elbe zu schlagen und schickten ein Jägerpillet nach Mien, um die daselbst heimlich verfertigten Kähne zur Schiffsbrücke zu holen. Am 9. April rückten drei russische Kavallerieregimenter und eine reitende Batterie in die Stadt ein. Die Russen waren nicht satt in Branntwein zu machen, und alle Branntweimbrennereien der Stadt konnten nicht so viel schaffen, als sie verbrauchten. Am 12. Juli war Napoleon persönlich wieder in ihren Mauern. Während des russischen Beluhs vom 16. September bis 6. Oktober mußten geliefert werden: 3045 Scheffel Hafer, 1735 Zentner Heu, 84 246 Pfund Brot, 99 Stüd Rindvieh, 4620 Maß Branntwein, 114 Zentner Graupen und Erbsen, 6 Wispel Kartoffeln, 1400 Zentner Stroh. Für die neuen preussischen Regimenter nach der Schlacht bei Leipzig brachte das Erstift mit Mien nicht weniger als 190 000 Taler auf. Von Januar bis März 1814 mußte die Stadt bei einer Bevölkerung von 2400 Seelen über 120 Linien-soldaten stellen, zu welchen außerdem noch der Landsturm kam. Man schätzte sich glücklich, als 1815 endlich die Friedensglocken läuteten.

Über das letzte Jahrhundert in der Mener Geschichte ist wenig zu sagen. Es verlief gleichmäßig und ruhig, bis unsere Zeit die bürgerliche Herrschaft in der Stadt brach. Die Arbeiterparteien haben heute die Mehrheit im städtischen Parlament, ohne daß es sich recht zum Segen auswirken will. Die Kommunisten treiben wie überall auch in Mien Moskauer Politik und zerfchlagen die Arbeiterfront. Die letzte Wahl ist für unsre Partei recht erfolgreich gewesen. Karl Karstädt.

Provinziallandtag.

Merseburg, den 18. März.

Die Nachmittagsitzung brachte die Fortsetzung der Etatsreden. Wie die Deutschnationalen, so drängen auch die Volkspartei auf Herabsetzung der Provinzialumlage. Ihr Sprecher, Bürgermeister Dr. Engel (Suhl), redete ebenfalls sehr viel über die Lasten von Wirtschaft und Landwirtschaft, sprach über die Einschränkungen, die die Kommunen infolge der herrschenden wirtschaftlichen Krise zu machen gezwungen sind. Der Redner ging auf einzelne Positionen ein und betonte besonders bei der Behandlung der Beamtenfrage, daß eine weitere Vermehrung mit Ausschluß der neu zu schaffenden Anstalten nicht stattfinden soll. Der Redner erklärte das

Landesarbeitsamt als überflüssige Institution, dessen Arbeiten mit von andern Stellen, beispielsweise dem Regierungspräsidium, erledigt werden könnten.

Bei der Besprechung der Ausgaben für die Bautätigkeit wandte sich der Redner gegen die teuern Beamtenwohnungen. Bei dem Titel Wohlfahrtspflege ließ der Vertreter der Deutschen Volkspartei unberührt seine Zuneigung zum Aufbau erkennen. Das zu errichtende Landeserziehungsheim für seiner Engelskinder auch nur zu ahnen, daß seine Partei, die einer Engelskinder auch nur zu ahnen, daß seine Partei, die der Schwerindustriellen, die in ihrer Mitte den bekannten Abgeordneten Keil hat, selbst Schuld mitträgt an den bedauerlichen Erscheinungen, die zu solchen Maßnahmen nötigen. Am Schluß seiner Ausführungen stellte der Redner entsprechende Anträge.

Für die Demokraten sprach Abg. Böer (Gardelegen). Dem Landeshauptmann sprach der Redner für die überflüssige Ordnung des Staats wie der Vorlagen überhaupt seine Anerkennung aus. Eine Provinzialverwaltung darf keine verknöchernte sein, wie das in den früheren Jahrzehnten der Fall war. Sie muß sich lebendig den Anforderungen der Zeit anpassen. Es kann ihr deshalb nicht eine Zwangsjacke angelegt werden, wie das der Redner der Deutschen Volkspartei will. Der Redner wünschte eine

Erweiterung der Pressestelle

bei der Provinzialverwaltung. Bei der Beurteilung der finanziellen Lage der Provinz trat der Redner für eine Umlage von 1 1/2 Prozent ein und lehnte die Anträge der Deutschnationalen, die Umlage auf 10 1/2 Prozent festzusetzen, ab.

Von den Völkischen und Spozern sprach der 81 Jahre alte Graf Posadowski, der in seinen Anfangsausführungen von den Kommunisten dauernd mit Zurufen unterbrochen wurde. Der Redner sprach für Sparsamkeit, von der man insbesondere im Reich und in Preußen an manchen Stellen nichts wisse. Die Ausführungen des Redners ließen allerdings erkennen, daß es ihm nicht leicht wird, den modernen Anforderungen Rechnung zu tragen und den Anschauungen der Jetztzeit zu folgen. Die Modernisierung der Verwaltung, der Ausbau des Schulwesens steht in ihm einen bitteren Feind. Aus seinen Reden klingt heraus, daß der Knecht der Knecht bleiben soll. Immer mehr entpuppt sich die böllische Wahlreform als schwärzester Reaktionsär,

der für sich offensichtlich in Anspruch nimmt, als alter Herr in seinen Ausführungen bis an die äußersten Grenzen des Erträglichem heranzugehen zu können.

Gegen die allzu hohen Verwaltungskosten unfer in viele Einzelstaaten zerstückelten Vaterlandes wandte sich der alte Graf unter dem Beifall der Deutschnationalen, als er aber den Einheitsstaat durchklingen ließ, schwieg der rechte Flügel betreten, und als er gar davon sprach, daß mancher seine Ansprüche zurückstellen müsse, herrschte tödliche Stille bei den Deutschnationalen.

Für die Wirtschaftspartei sprach der Abgeordnete Kodel (Magdeburg) in allgemeinen Ausführungen. Es folgte die Einzelberatung.

Der Landeshauptmann setzte sich in längeren Ausführungen mit den in der Generaldebatte vorgebrachten Einwendungen auseinander. In erster Linie drehte sich der Kampf um die Umlage, die vom Provinzialauschuß nach gründlicher Beratung auf 1 1/2 Prozent festgesetzt worden ist.

Für staatliche Einheit Mitteldeutschlands

Einmütig wurde folgender Antrag der sozialdemokratischen Fraktion angenommen:

Der Provinziallandtag gibt an die preussische Staatsregierung die Anregung, die staatliche Zerrissenheit des mitteldeutschen Wirtschaftsgebiets durch eine unter den beteiligten Staaten abzuschließende staatliche Interessengemeinschaft möglichst auszugleichen. Die Nationalisierung der mitteldeutschen Produktion und des gesamten Verkehrs fordert zwingend die Beseitigung der innerstaatlichen Schranken.

Die schwere Krise der deutschen Wirtschaft zwingt zu schnellem Handeln. Sollen die vorhandenen produktiven Kräfte Mitteldeutschlands freigelegt werden von den einengenden Interessen der Einzelstaaten, so muß Preußen die ersten praktischen Schritte bei den beteiligten Staaten tun.

Ein Antrag der kommunistischen Fraktion, die Reichs- und Staatsregierung zu ersuchen, für die Beseitigung des § 118 des Reichsstrafgesetzbuchs (Abtreibungsverbot) zu sorgen, kam nicht zur Beratung, da sich die Rechte dagegen wandte. Beim Kapitel „Allgemeine Verwaltung“ begründete Abg. Gussie (Merseburg, Soz.) einen Antrag, den Provinzialausschuß zu beauftragen, nachzuprüfen, inwiefern eine Vereinfachung der Verwaltung durchgeführt werden kann. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und der Haushaltsplan gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt.

Stürmische Sitzung.

Merseburg, den 10. März.

Nachdem die verschiedenen Ausschüsse am Freitag vom frühen Morgen an gearbeitet hatten, begann um 11 Uhr die Plenarsitzung, um die Landeshaushaltpläne zu beraten. Beim Etat der Provinzialverwaltungen wurde der Versuch der Fraktion der Deutschen Volkspartei, Abstriche zu machen, abgelehnt, ebenfalls ein Agitationsantrag der Kommunisten, und den Beschlüssen des Haushaltsausschusses zugestimmt. Der Etat des Kleinbahnwesens bot den Kommunisten wieder eine Gelegenheit, sie auch hier als die Retter anzupreisen, indem sie die sofortige Durchführung einiger Kleinbahnprojekte forderten. Abgeordneter Döring stellte bei dieser Gelegenheit einen in seinen Tendenzen von vornherein durchsichtigen Antrag auf die Kraftverkehrs-Gesellschaft Sachsen-Anhalt. Nur das Allgemeinwohl müsse im Auge behalten werden, deshalb solle der Provinzialausschuß sich dafür einsetzen, daß in den Reichsstaaten der Gesellschaft nur Reparaturen ausgeführt werden.

Nachdem ein kommunistischer Antrag auf sofortige Umwandlung der Kleinbahnen des Kreises Jerichow I zur Normalspurbahn nicht die erforderliche Mehrheit gefunden hatte, beschloß der Landtag, auf Antrag des Abg. Wiegand (Burg) den Provinzialausschuß für Ausarbeitung einer Vorlage für die nächste Landtagung zu ermächtigen. Abg. Gussie (Merseburg) trat dafür ein, in einem Antrag die preussische und die Reichsregierung zu ersuchen, bei der Reichsbahngesellschaft und dem sächsischen Staat ihren ganzen Einfluß geltend zu machen für die Fertigstellung der vor 12 Jahren halbfertig liegenden Eisenbahn Merseburg-Jöschel-Leipzig. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Der Haushaltsplan für den Obstgarten Dienitz wurde einstimmig genehmigt, nachdem von dem Abg. Kaumann (Kom.) und Kapferei (Soz.) die günstige Lage und die schlechte Bodenbeschaffenheit des Gartens festgelegt worden war.

Ueber den Haushaltsplan der Landesarbeitsämter berichtete Abg. Franke (Kom.), der vom Präsidium erst darauf aufmerksam gemacht werden mußte, daß er nicht als Berichterstatter und nicht als Debattierender zu fassen. Zum Thema selbst haben die Kommunisten einzelne Anträge eingebracht, die sich

- a) gegen die Einstellung der ausländischen Arbeiter wenden,
- b) bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Arbeitgeber verpflichtet werden, die freigebliebenen Arbeitsplätze nur durch Vermittlung des Arbeitsnachweises zu besetzen, (Aufhebung des § 49 des Arbeitsnachweisgesetzes.)
- c) daß den Arbeitgebern verboten sein soll, die Einstellung von Lehrlingen von Lehrlingen von religiösen Bekenntnis abhängig zu machen.

Für die Sozialdemokratische Partei sprach Abg. Schöls (Graf), der einen Antrag folgenden Wortlauts begründete:

Der Landtag wolle beschließen: Unterstützungen jeglicher Art an Jünglingen und ähnliche Organisationen des Handwerks und Gewerbes werden nur unter der Bedingung gewährt, daß bei der Einstellung bzw. Beschäftigung von Lehrlingen keinerlei Beschränkung der durch die Verfassung garantierten religiösen Freiheit erfolgen darf.

Schmer wandte sich gegen die religiöse Bevormundung

bei der Einstellung von Lehrlingen und belegte seine Darstellung über solche Bestrebungen durch ein Zitat aus dem Sammler Kreisblatt. Gegen die Organisation des Handwerks und gegen Jünglinge, die solche einseitigen Beschlüsse fassen und durchzuführen, müssen wir unsere Einflüsse geltend machen. Wir legen Wert darauf, zu betonen, daß sich berufliche Geeignetheit und Loyalität nicht im religiösen Bekenntnis zeigt. Wenn sie die so oft betonte Forderung über wollen, müssen sich auch die Handwerksmeister zu dieser Auffassung bekennen.

Für die Partei der Mitte sprach Abg. Schilling (Ztr.), der bei dieser Gelegenheit das Verhalten der Nationalisten brandmarkte, die im Landesparlament die „nationalen Bedürfnisse“ seien, ein Verfahren, das als unzulässig bezeichnet werden muß. Das „Merseburger Tageblatt“ leistete sich vor einigen Tagen auf diesem Gebiet besonders. Die katholischen Arbeiter haben im Westen die Macht am Rhein gehalten, während die Nationalisten in Mitteldeutschland diese nur geahnt haben.

Genosse Brüll (Sangerhausen) wandte sich gegen die Beschäftigung ausländischer Arbeiter

während der gegenwärtigen Krise. Der kommunistische Antrag wurde ohne Nutzen ein. In dieser Form müssen wir den Antrag ablehnen, da er eine Verletzung der ausländischen Arbeiter gegenüber dem Deutschen, die aus noch am nächsten liegen, mit sich bringt. Wir haben in landwirtschaftlichen Betrieben genug heimische Arbeiter, die erwerbslos sind und sehr gern Beschäftigung in landwirtschaftlichen Betrieben annehmen würden, die aber selber kaum einen geeigneten Arbeitsplatz auffinden, als unter den jetzt in der Landwirtschaft herrschenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Man solle dort für eine gewisse Erprobungsfrist, dann wird sich der ausländische Arbeiter selbst ergeben lassen.

Für seine bei den Ausprägungen seines Reiches gemachten Wunden dankte er sich für die Kommunisten, die sich als Schwärmer erweisen.

Zwei wackerwütige wütende Handwerker, der Abg. François und der Abg. Döring, haben ihre eigenen protestantischen Bedenken bei der Behandlung der Schlagschlag gegen den Kampf mit dem religiösen Bekenntnis auf. Es stellen in ihrer Art und Weise Behauptungen auf, die den religiösen Bekenntnis einseitig schuldig machen zu gebührend sei, als der als Forderung ergehen.

Es ergibt sich aus der linken Seite des Hauses folgende Punkte gegen jede mögliche Umgestaltung, und in großer Entregung sprach Abg. Loß (Soz.) zum Rednerpost. Er wandte sich gegen jede weitere Umgestaltung und ersucht vom Präsidium, daß der Abg. François wegen Verleumdung eines Teiles des Hauses zur Ordnung gerufen werde. François will auf einmal nicht gesagt haben und jetzt sich selbst „intelligent“ rühmend.

Die Verhandlung wird dann einen fürchterlichen Abschlus durch das ohne irgendwelche Anzeichen des Abg. Döring, der seinen wackerwütigen, einseitigen Handwerker, der diese Behauptung noch einmal wiederholt.

Jetzt hätte die rechte Seite über die Schuld zu sprechen. „Großer Redner!“ „Intelligent!“ und „Applaus“, das Verhalten des Präsidiums treffend kommentierende Punkte betonen die Stimmen. Die rechte Seite des Hauses hat es dem Schicksal und Haberdie den Redner am Rednerpost, nach dem sich die rechte Seite vor ihm geschickt hatte. Es kommt zu heftigen Forderungen auf beiden Seiten, wodurch die Sitzung ein Ende fand.

Das Schwerbeschädigtengesetz in Gefahr.

Im allgemeinen empfinden die Unternehmer in der Befolgung der Vorschriften des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter eine für die Wirtschaft schwer tragbare Last. Von Ausnahmen abgesehen, wird jede Einstellung eines Schwerbeschädigten im Betrieb als produktionshemmend empfunden. Dies wird jedoch nur bei einer ganz geringen Zahl der Beschäftigten Schwerbeschädigten zutreffen können. Die Absicht des Gesetzgebers geht dahin, den Betrieben von vornherein die Beschäftigung einer bestimmten Anzahl von Schwerbeschädigten zur gesetzlichen Pflicht zu machen. So und nicht anders ist der Sinn des § 1 des Schwerbeschädigtengesetzes.

In einem Urteil des Reichsgerichts vom 21. Januar wird aber dem § 1 in der Begründung eine Auslegung gegeben, die für die 800 000 Schwerbeschädigten in Deutschland verhängnisvoll werden kann. Wir lassen hier den im „Reichsbund“, dem Organ des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, veröffentlichten wichtigsten Absatz folgen:

§ 1 regelt also nicht mehr selbständig die Einstellung Schwerbeschädigter, sondern gibt für diese nur die allgemeinen Richtlinien an. Auch in der neuen Fassung beruht das Gesetz auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit der Einstellung, nur bei Notwendigkeit ist eine Zuweisung von Schwerbeschädigten gegen den Willen des Arbeitgebers vorgesehen. Dem Arbeitgeber ist regelmäßig nicht auferlegt, einen neuen Arbeitsplatz zu schaffen oder einen Arbeiter zu entlassen, um einen Schwerbeschädigten einzustellen zu können. Es haben aber Arbeitgeber, die über 20 oder mehr Arbeitsplätze verfügen — für kleinere Betriebe besteht ohne weiteres überhaupt keine Verpflichtung —, geeignete Schwerbeschädigte in Beschäftigung zu nehmen, wenn und so oft sie einen freigebliebenen alten oder einen neuen Arbeitsplatz besetzen wollen.

Die im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge vertretenen Organisationen haben sich in einer Besprechung auf den Entwurf eines Initiativgesetzes geeinigt, das sich auf den § 1 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter bezieht. In der diesem Entwurf beigegebenen Begründung ist die Stellungnahme der organisierten Schwerbeschädigten gegenüber der reichsgerichtlichen Auslegung des Schwerbeschädigtengesetzes eingehend wiedergegeben.

Die an die Reichstagsabgeordneten weitergegebene Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Entwurf zu einem Initiativgesetz zur Abänderung des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 in der Fassung vom 12. Januar 1923 (RGBl. I S. 57).

Der § 1 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter wird wie folgt geändert: „§ 1. Alle Arbeitgeber sind verpflichtet, die Arbeitsplätze in ihren Betrieben nach Maßgabe der folgenden Vorschriften mit Schwerbeschädigten zu besetzen.“

Begründung: „Das Reichsgericht hat mit Urteil vom 21. Januar 1926 — 2 D 685/25 VIII 927 — entschieden, daß der Arbeitgeber nur dann zur Beschäftigung eines Schwerbeschädigten verpflichtet ist, wenn er einen Arbeitsplatz besetzen will. Waren alle

Arbeitsplätze besetzt, dann fänden die Bestimmungen des Schwerbeschädigtengesetzes und der dazu ergangenen Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministers hinsichtlich der Verpflichtung der proportionalen Beschäftigung Schwerbeschädigter keine Anwendung.

Nach der bei allen Beratungen des Schwerbeschädigtengesetzes von der Reichsregierung und vom Reichstag eingegangenen Haltung entspricht das Reichsgerichtsurteil keineswegs der Auffassung des Gesetzgebers. Es verkennt, daß der Arbeitgeber auf alle Fälle verpflichtet ist, den nach der Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministers vom 18. Februar 1924 (Reichsgesetzblatt I S. 78) vorgeschriebenen Prozentsatz zu beschaffen. Dieser Auffassung ist auch das bayrische Oberste Landesgericht in München beigetreten. In der Revisionsentscheidung vom 24. September 1925 — Neb. Reg. II Nr. 243/25 — ist folgendes ausgeführt:

Die Verpflichtung des Arbeitgebers nach § 5 ist auch nicht durch § 1 eingeschränkt, etwa derart, daß die Verpflichtung zur Beschäftigung einer bestimmten Zahl von Schwerbeschädigten erst dann Platz greift, wenn der Arbeitgeber Arbeitsplätze neu zu besetzen hat und wenn sich Schwerbeschädigte um die zu besetzenden Stellen bewerben. Vielmehr ergibt sich aus den §§ 1, 5 umgekehrt, daß die Verpflichtung des Arbeitgebers nach § 1 nur nach Maßgabe des § 5 besteht, daß der Arbeitgeber Schwerbeschädigte anderen Bewerbern nur im Rahmen des § 5, bis zur Erreichung des auf Grund dieser Vorschrift vom Reichsarbeitsministerium bestimmten Bruchteils von Arbeitsplätzen, vorzuziehen braucht.

Da das Reichsgerichtsurteil diesem Urteil des bayrischen Obersten Landesgerichts entgegensteht und neben der starken Beeinträchtigung des Schwerbeschädigtengesetzes zu einerlei Recht schafft, ist eine Änderung des § 1 des Schwerbeschädigtengesetzes notwendig. Nur so kann auch die Tätigkeit der mit der Unterbringung der Schwerbeschädigten beauftragten Hauptfürsorgestellen und Fürsorgestellen sich wieder so auswirken, wie es bei der Schaffung des Gesetzes beabsichtigt war.“

Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten ist mit Reichstagsabgeordneten in Verbindung getreten, damit der Entwurf von diesen im Reichstag gemeinsam eingebracht wird. Vom Reichstag muß erwartet werden, daß er zur Abwendung der den Schwerbeschädigten drohenden Gefahr dem eingereichten Gesetzesentwurf Gesetzeskraft verleiht.

Es ist unerhört, daß das Reichsgericht entgegen dem klar und deutlich zu erkennenden Sinne des Gesetzes zum Schaden der schwerbeschädigten Opfer des Krieges und zugunsten der Unternehmer entschieden hat, die seit Bestehen des Gesetzes in ihrer Mehrheit noch gar nicht daran gedacht haben, den Vorschriften des Gesetzes nachzukommen. Es muß deshalb so schnell wie möglich die dem Zwecke und der Anwendung des Schwerbeschädigtengesetzes entgegenstehende Reichsgerichtsauslegung durch Annahme des eingebrachten Gesetzesentwurfs im Reichstag beseitigt werden. Pflicht jedes sozial denkenden Menschen ist es, die Schwerkriegsbeschädigten zu schützen, und sei es gegen das Reichsgericht.

Nachrichten aus der Provinz.

Die Förderung der Neubautätigkeit.

Aus Mitteln, die der preussische Finanzminister und der Minister für Volkswohlfahrt zur Förderung der Neubautätigkeit im Jahre 1926 beizutragen, teilt der „Amtliche Preussische Presse-Bienst“ folgendes mit:

Zur Fertigstellung von Sanborhaben, die mit öffentlichen Wohnungsmitteln des vergangenen Jahres nicht hinreichend gefördert werden konnten, kann nötigenfalls aus Mitteln des laufenden Rechnungsjahres eine Erhöhung der Hauszinssteuerhypothek bewilligt werden, deren Gesamtbetrag in keinem Falle die für die betreffende Gemeinde in Betracht kommende Höchstgrenze überschreiten darf. Mit Rücksicht auf die Landtagsforderung, daß mit Unterstützung öffentlicher Beihilfen von 1926 an jährlich mindestens 100 000 Wohnungen errichtet werden, mußte angeordnet werden, in der bestmöglichen Höhe verfügbare öffentliche Mittel von einer allgemeinen Erhöhung der Durchschnitts- und Höchstätze für die zu bewilligenden Hauszinssteuerhypotheken abgesehen werden. Um in besonders gezielten Fällen die Beschaffung der neben der Hauszinssteuerhypothek erforderlichen Mittel zu erleichtern, ist in begrenztem Umfang die Möglichkeit der Beleihung von Zuschusshypotheken aus öffentlichen Wohnungsmitteln vorgesehen.

Die Erhöhung der Durchschnitts- und Höchstätze für die zu bewilligenden Hauszinssteuerhypotheken darf wie bisher über den Betrag von 6000 Mark (Durchschnittssatz) und 7000 Mark (Höchstssatz) nicht hinausgehen. Der Beginn der Tilgung der Hauszinssteuerhypotheken ist allgemein auf den 1. April 1930 festzusetzen. Soweit Bindungen in der Richtung früherer Termine für den Tilgungsbeginn vorgesehen sind, ist im Interesse einer gleichmäßigen Handhabung und einer Vereinfachung des Verfahrens auf deren Einhaltung bis zu dem genannten Termin hinzuwirken.

Kreis Bielefeld.

Rein-Neubau. Zum Volksbegehren haben sich 122 Personen eingeschrieben; das sind nur 30 Prozent der eingeschriebenen Wähler. Wir hatten bei der Kreiswahl 150 Stimmen und die Kommunisten 26 von 361 abgegebenen Stimmen. Das Resultat am 17. März kann uns nicht befriedigen. Die Geschäftsleute sehen in den kleinen Landgemeinden unter dem Druck der Großgrundbesitzer, aber von der arbeitenden Bevölkerung sollte man wenigstens erwarten, daß sie auch öffentlich gegen die Parteien auftritt.

Zukunft. Für das Volksbegehren sind hier drei Viertel aller Wahlberechtigten eingetreten. Nach dem letzten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl ist das Ergebnis ein erfreuliches Zeichen dafür, daß auch bei vielen Reichswählern die Einsicht eingedrungen ist, daß die unüberwindlichen Forderungen der Parteien abgelehnt werden müssen. Auch für das Volksbegehren eingetreten sind nur die merkwürdigsten „Kaisertruppen“, die damit betonen haben, daß es ihnen wirtschaftlich sehr gut geht und daß sie für die Sicherung der großen Kol in Balle viel opfern können. Die Republik sollte mit diesen Romanisten nicht zu tun haben.

Kreis Bielefeld-Neubau.

Rein-Neubau. Eine Palastart tollwütige des Reichshausers, als es auf dem Festen Friedrich das Grab des Königs-Kämpfers von 1848 nachholte wieder in einem ordentlichen Zustand verfiel. Der Grabstein, der aus weißem Marmor besteht, war vollständig dem Feuer überlassen und die noch sichtbaren Teile waren mit allen möglichen Farben bemalt. Jetzt, nachdem der Stein wieder freigelegt, tritt der hohe Kunstwert des von Friedrich selbst geschaffenen Denkmals klar zutage und es wird allgemein bewundert. Selbstverständlich ist, daß das Reichshausener am 18. März diesem Reichskämpfer einen Kranz mit schmerzgebender Aufschrift auf das Grab legte. Auf dem Friedhof befinden sich noch zwei von Friedrich geschaffene Grabdenkmäler mit großem Kunstwert, wenn auch das oberste Denkmälchen des Königs ist. Im Zusammenhang wurde die Gedächtnisfeier für die Kriegsveteranen durch einen Festzug eingeleitet, der eine sehr gute Bekanntschaft anzuweisen hatte. Im Festzug von „Einkauf“ hielt der Kommandant Dethardt die Gedächtnisfeier für die Kriegsveteranen und ging besonders auf den Mann Friedrich ein. Demnach wurde der Festzug durch einige Schritte Friedrichs her. — Infolge des Volksbegehrens sind hier 131 Eintragungen erfolgt. Trotz dieses

verhältnismäßig guten Standes können wir damit nicht zufrieden sein. Sollte wieder Erwarten bei der Durchführung des Volksentscheids keine höhere Zahl gegen die Fürsten abgegeben werden, so dürfte der Beweis erbracht sein, daß es in Bielefeld noch sehr steuerkräftige Kreise gibt, die zweifellos auch gern bereit sind, für unbedingt nötige Kulturausgaben der Stadt einen ansehnlichen Obolus zu opfern, denn wer für die Fürsten Milliarden bewilligen will, wird natürlich auch für die Kulturbedürfnisse seiner engern Heimat weit mehr Geld übrig haben als bisher.

Stadtkreis Burg.

Das Ergebnis des Volksbegehrens ist für Burg als gut zu bezeichnen. Es haben sich 8890 Wahlberechtigte eingeschrieben. Ein solches Resultat haben die Deutschenationalen in Burg nicht erwartet. Ein großer Teil bürgerlicher Wähler hat sich am Begehren beteiligt.

Die Jugendbewegung findet am 28. März (Palmsonntag), vormittags 10 Uhr, im „Hohenzollernpark“ statt. Alle Eltern sind hierzu eingeladen. Einzelkarten sind im Vorverkauf in den beiden Konsumvereinslagern zum Preise von 30 Pfennig erhältlich.

Eine große öffentliche Versammlung findet am Mittwoch den 24. März, abends 8 Uhr, im „Konzerthaus“ statt. Genosse Dr. Löwenstein, Stadtschulrat in Berlin, wird über die Bedeutung der weltlichen Schule sprechen.

Die Totenbestattung im Wandel der Zeiten. Durch Insetat ist bereits mitgeteilt worden, daß der Volks-Festbestattungsverein am Montag im „Konzerthaus“ einen Filmvortrag veranstaltet. Der Film „Memento mori“ gibt eine Fülle eindrucksvoller Bilder über die Totenbestattungsarten und über die Geschichte der Feuerbestattung wieder. Auch die Einäscherung eines Toten wird gezeigt. Dabei sind Aufnahmen gelungen, die ganz besonders lehrreich und aufklärend wirken; es ist nämlich erreicht, das Innere des Ofens während der einstündigen Einäscherungsdauer zu zeigen und so mit manchem Vorurteil gegen die Feuerbestattung aufzuräumen. Ein Besuch des Filmvortrags kann sehr empfohlen werden.

Kreis Calbe.

Neu. Mit der Eintragung zum Volksbegehren können wir zufrieden sein. Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt 6226. Einschrieben in die Listen für das Volksbegehren haben sich 3257; außerdem wurden 139 Eintragungsscheine von der Behörde ausgestellt. Die Gesamtzahl der bei der Wahl zum Kreis- und zum Provinziallandtag abgegebenen Stimmen betrug 2874. Die Eintragungen für das Volksbegehren sind also, trotz der Mangelhaftigkeit des Deutschenationalen Klades, um 622 Stimmen höher. Hoffen wir, daß beim Volksentscheid die Zahl sich auf einige hundert Stimmen vermehren wird.

Barth. Einen Werbestand veranstaltete die Sozialistische Arbeiterjugend am 27. März. An alle Eltern ergab die Bitte: Schickt eure schulfähigen Kinder in die Sozialistische Arbeiterjugend und unterstützt den Werbestand durch euren Besuch.

Calbe. Das Volksbegehren zeigt ein überraschend gutes Ergebnis. Bei der Provinzial- und Kreiswahl vom 20. November 1925 wurden 5272 Stimmen abgegeben. Es entfielen auf die republikanischen Parteien und die Kommunisten 2322 Stimmen. Beim Volksbegehren trugen sich aber 8080 Wähler ein. Nicht haben 217 Monarchisten für die Fürstenernennung gestimmt. Kommt es zum Volksentscheid, so können wir mit einer weit größeren Zahl rechnen. Immerhin haben wir schon heute weit über 50 Prozent eingeschrieben.

Eisenberg. Die Konsumvereins-Versammlung konnte besser besucht sein. Als Aufsichtsratsmitglied wurde Genosse Christian Klingner einstimmig wiedergewählt. Geschäftsführer Brinkmann erläuterte dann die seit dem 1. Januar in Wirkung befindliche Sterbunterstützung. Ohne jede besondere Beitragsleistung wird den Mitgliedern für den Sterbefall und den seiner Haushaltsangehörigen eine Unterstützung gewährt, die mit dem Umfang steigt. Mindestumsatz muß 250 Mark betragen. Bei der heutigen wirtschaftlichen Lage ist diese Einrichtung eine sehr wertvolle und ein weiterer Beweis, daß die Genossenschaft den Gedanken der Selbsthilfe und Solidarität in die Tat umzusetzen bemüht sind. Dann wurden am sehr guten Mitgliedertag Gegenstände der GGG gezeigt. Alle Konsumzentren müssen ihre Waren aus dem Konsumverein holen!

Groß-Salz. Stadtkreisordnen-Sitzung Montag abend 8 Uhr. Wichtige Tagesordnung.

Br. Wrede. Zum Volksbegehren haben sich von 1800 Wählern 1219 eingezeichnet. Es haben sich alle S., B., D. und K.-P.-D.-Wähler und rund 100 bürgerliche Wähler eingetragen.

Schönebeck. Die Haushaltpäne der Krankenhäuser, Schul- und Gymnasialkassen. Der Haushaltpän der Krankenhäuser betragen 26 532 Mark; in dieser Summe liegen die Gehalte für Ärzte, Pflege- und Dienstpersonal. — Die Schulkasse, das Lyzeum, die Gehobene Knabenschule und die Gewerbliche Fortbildungsschule, zeigt folgende Zahlen: das Lyzeum 90 000 Mark (92 000), Gehobene Knabenschule 88 684 Mark (44 000), Gewerbliche Fortbildungsschule 7750 Mark (7100), zusammen 166 414 Mark (143 100 Mark), so daß ein Zuschuß von 70 725 Mark gegenüber 88 425 im Vorjahr erforderlich ist. Das Realgymnasium sieht eine Summe von 125 000 Mark (114 000) vor. Der Zuschuß der Stadt beträgt 60 900 Mark (64 900). Die erhöhten Schulgelder 200 Mark und für Auswärtige 250 Mark sind schon in Ansatz gebracht. An Schulgeldern werden 50 800 Mark (45 000) eingeseht. Die Stadtverwaltung wird auf erhebliche Staatszuschüsse rechnen müssen. — Seit Freitag ist der Selbstbrückenautomat zur Lösung einer Brückenkarte in Betrieb genommen worden. Der Automat ist technisch so eingerichtet, daß Schwindelern mit Siffengeld ausgeholfen sind. — Wegen Rückfall-Vertrugs stand der schon öfter bestrafte Fleischer Robert L., der jetzt eine Zuchthausstrafe in Lortau verbüßt, vor dem Schöffengericht. L. soll den Gastwirt Alpert dadurch geschädigt haben, daß er ihm durch Vorspiegung falscher Tatsachen Geld abschwindelte. Der Angeklagte will in großer Not gehandelt haben und gibt diese Tatsachen zu. Das Gericht billigte ihm nochmals mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu 5 Monaten Gefängnis. — Ein Nachspiel vom Salinenarbeiterfreik. Der Arbeiter Ernst W. war beschuldigt, dem Arbeitswilligen Wilhelm Günter aus Schönebeck einen Stoß ins Gesicht versetzt zu haben. W. wurde zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. — Wegen Unterschlagung und Verpfändung von Fahrrädern wurde der Fahrradhändler Willi S. zu 120 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis verurteilt. — Diebstahl. Die Kutscher Franz R., Artur M. und Moritz S. werden des Diebstahls und der Hehlerei beschuldigt. Sie sollen mehrere Führer Kaufmann, dem Bauunternehmer Weder gehörig, verkauft haben. M. und S. werden zu je 50 Mark Geldstrafe verurteilt. R. war nicht erschienen, gegen ihn wird später verhandelt.

Schönebeck. Neubautätigkeit des Spar- und Bauvereins für Schönebeck und Umgegend 1925. Die im Herbst 1924 begonnenen zwölf Wohnungen des ersten Bloß in der Lessingstraße sowie das Vierfamilienhaus in Elbenau und das Achtfamilienwohnhaus in der Welsleber Straße konnten fertiggestellt und sämtlich zu Anfang 1925 bezogen werden. Der Bauplan für 1925 sah außerdem ein Dreifamilien- und zwei Sechsfamilienwohnhäuser an der Lessingstraße und zwei Sechsfamilienhäuser an der Dr.-Martin-Luther-Straße mit zusammen 28 Neuwohnungen vor. Die Differenzen im Baugewerbe verzögerten die Fertigstellung und verursachten naturgemäß eine Verteuerung der Neubauten. Die Wohnungen konnten dann auch erst am 1. Februar 1925 anstatt 1. September 1925 bezogen werden. Der Bau des Sechsfamilien-Doppelhauses in der Dr.-Martin-Luther-Straße wird zum 1. April 1926 bezugsfertig sein. In sämtlichen Sechsfamilienwohnhäusern sind die Wohnungen gleich groß und bestehen aus drei Zimmern nebst Küche, Boden und Kellerraum. Außerdem ist in jedem Haus im Keller eine Wabeneinrichtung eingebaut. In den beiden ersten Häusern in der Martin-Luther-Straße sind in jedem Hause zwei Dachkammern eingebaut, die kinderreichen Familien als Schlafzimmer zugewiesen werden sollen. Infolge Bewilligung von Baugeldern für Staatsbeamte durch den Regierungspräsidenten war es der Genossenschaft möglich, nach den Gebäu Lessing- und Martin-Luther-Str. im Oktober 1925 zu beginnen. Es sind darin vorgesehen 3 Wohnungen mit 4 Zimmern, 6 Wohnungen mit 3 Zimmern und 4 Wohnungen mit 2 Zimmern. Die Benutzung dieser Wohnungen ist etwa am 1. Juli zu erwarten. Um die Wartezeit der Mitglieder aus dem Jahre 1921 zu kürzen, hat der Aufsichtsrat die Bestimmung getroffen, daß diesen Mitgliedern ohne Los Wohnungen zugewiesen werden können. Nach Fertigstellung des Gebäudes besitzt die Genossenschaft im Bloß Lessing-Luther-Str. 53 Wohnungen, im Bloß Welsleber Straße 20 Wohnungen, in der Wilhelmstraße 55 Wohnungen, außerdem in Elbenau ein Vierfamilienhaus. Im ganzen zählt die Genossenschaft 132 Wohnungen ihrer eigenen. 27 Wohnungen mit 2, 98 mit 3, 6 mit 4, 1 mit 5 Zimmern und Küche. Zur Durchführung des Bauprogramms für 1926 ist das Baugelände angekauft. Dieser Bericht zeigt hervorragende Leistungen einer Genossenschaft für die Allgemeinheit. — Bankredite. Die Stadt beabsichtigt einen größeren Kredit zur Förderung des privaten Wohnungsbau auszunehmen und diesen zum Zinsfuß von 6 Prozent auszugeben. Alle hierauf reflektierenden Bauwünsche müssen unter Vorweisung des Bau- und Finanzierungsplans beim Magistrat einreichen.

Staßfurt. Der Bildungsausschuß der Jugend, verstärkt durch ältere Parteigenossen, hat seine Tätigkeit aufgenommen und veranstaltet als erste Darbietung am Dienstag abend 8 Uhr im Jugendheim (im Löwen) einen Vortrags- und Diskussionsabend, in dem Genosse Christoph S. in den Vortrags halten wird. Gäste sind herzlich willkommen. Wir wünschen dem Bildungsausschuß ein gutes Gelingen. — Die Kalligraphie ist eine

der wenigen Industrien, die noch blühen. Im Februar, dem Beginn der Frühjahrssaison hat der Absatz des Kalligraphikums nicht weniger als 1 856 000 Doppelzenniger Kleinmünzen betragen. Und die Arbeiter! Sie werden schlecht entlohnt. — Das Amtsgericht macht bekannt, daß bei der offenen Handelsgesellschaft Zeit u. Sto. in Hamburg, Zweigniederlassung Staßfurt, die Aufhebung der Zweigniederlassung und das Erlöschen der Firma eingetragen ist.

Stadtkreis Magersleben.

Die Bedeutung der Invalidenversicherung für unsere Volkswirtschaft wächst immer mehr. Das kommt vor allem in der Zunahme der Rentenempfänger zum Ausdruck. Von der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt wurden für den Stadtkreis Magersleben im Jahre 1924 festgestellt 116 Invalidenrenten, 29 Witwenrenten und 18 Waisenrenten. Im Jahre 1925 wurden festgestellt 118 Invalidenrenten, 30 Witwenrenten und 14 Waisenrenten. Dazu ist zu bemerken, daß die Invalidenrente gewährt wird an Versicherte, die um mindestens zwei Drittel in ihrer Erwerbsfähigkeit geschädigt sind. Auch die Witwenrente wird nicht allen Witwen verstorbenen Versicherten, sondern nur den in diesem Grad erwerbsunfähigen Witwen gewährt. Unter den Waisenrenten sind solche für Waisenkinder zu verstehen. Die Zahl der mit Renten bedachten einzelnen Waisen ist wesentlich höher. Die Waisenrente wird neuerdings wie in der Angestelltenversicherung bis zum 18. Lebensjahr der Waisen gewährt. Ende des Jahres 1925 liefen in Magersleben 1433 Renten auf Grund der Invalidenversicherung. Dabei sind auch die auf Grund der Invalidenversicherung vom Reichs-Knappschaftsverein festgesetzten Renten einbezogen, aber nicht die reinen Knappschaftspensionen. Berücksichtigt man nicht nur, daß die Renten für Waisenkinder sich immer auf mehrere Waisen erstrecken, sondern daß auch die Invalidenrenten-Empfänger Zuschläge für Familienangehörige (Kinder) erhalten, so kann man schätzen, daß etwa 8 v. H. der Einwohner Magersleben Bezüge aus der Invalidenversicherung erhalten. Der Mindestbetrag einer Invalidenrente ist 20 Mark, der einer Witwenrente 14,40 Mark und der einer Waisenrente 10 Mark monatlich, in Wirklichkeit sind die Renten durch die aus den entrichteten Beiträgen sich ergebenden Steigerungssätze etwa 30 bis 50 v. H. höher. Empfänger von Renten aus der sozialen Versicherung, die nicht ein bestimmtes Mindesteinkommen erzielen (worüber das Wohlfahrtsamt bestimmte Richtlinien aufgestellt hat), erhalten von letzteren eine Sozialrentenzugabe aus städtischen Mitteln. Dadurch können sich die Bezüge eines Empfängers von Invalidenrente, wenn die Ehefrau erwerbsunfähig ist, bis auf 50 Mark monatlich erhöhen. Die Erwerbsunfähigkeit einer Ehefrau wird ohne weiteres angenommen, wenn sie über 65 Jahre alt ist, es sei denn, daß sie tatsächlich einer Beschäftigung nachgeht.

Altmärk.

Goldbed. Gutes Resultat beim Volksbegehren. 300 Unterschriften wurden hier geleistet, das ist viel für ein Dorf im schwachen Kreis Osterburg. 50 Prozent der Wähler sind in unserm Orte für die Enteignung der Fürsten.

Salzwedel. Für den Gejehentwurf zur entschädigungslosen Enteignung haben sich im Kreise Salzwedel in die Listen eingezeichnet: in Salzwedel 1314, in Calbe a. d. M. 326, in den Landgemeinden 441, in den Gutsbezirken 2, zusammen im Kreise 2083. Dieses Ergebnis ist nicht hervorragend, denn bei der ersten Reichspräsidentenwahl haben in den Landgemeinden und in Calbe, also ohne die Stadt Salzwedel, für Otto Braun 1976 Personen ihre Stimme abgegeben. — Die Reichszentrale für Heimatdienst bekanntlich am Montag, abends 8 Uhr, in der Aula des Gymnasiums einen Vortragsabend. Es sprechen Dr. Schwanke über „Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft und Weltproduktion“ sowie Volkswirt Buchholz über „Sozialpolitik und soziale Verantwortung“. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pfennig. Den Parteigenossen kann der Besuch dieser Veranstaltung empfohlen werden. — Der Ortsausflug veranstaltet am Mittwoch den 24. März, abends 8 Uhr, in der „Union“ einen Vortrag über „Volkswirtschaft und Arbeiterbank“. Referent ist Bruno Müller. — Festgenommen wurden in der Nacht zum Freitag zwei Fleischergejellen, die in angegruntem Zustand Unfug verübten. Da sie bei der Festnahme Widerstand leisteten, wird die Sache für sie nicht so glimpflich ablaufen. — Schuster, bleib bei deinem Leisten. Den Vorwurf der leichtfertigen Aufstellung von Behauptungen muß sich in einer dem „Wochenblatt“ vom Ortsrat der Deutschen Beamten-Bundes eingeschickten Berichtigung der bekannte nationalsozialistische Pastor Wamler machen lassen. Er hat behauptet und durch Zahlenmaterial zu beweisen versucht, daß in Vorkriegszeiten in einzelnen Stadtverwaltungen erheblich weniger Beamte beschäftigt worden sind wie heute und daß hier zu sparen sei. Er ist mit seinen Behauptungen elend hineingefallen. Ob er wohl nun bald von seinen Ausflügen ins Politische zurückerwartet wird? —

Stadtkreis Stendal.

Rückblick auf den Volksentscheid. Eingezeichnet haben sich nach amtlicher Feststellung 4707 Personen. Berücksichtigen wir die reaktionäre Einstellung großer Teile der Stendaler Bevölkerung, vor allem der Mehrzahl der Beamenschaft, so können wir von dem Ergebnis des Volksbegehrens befriedigt sein. Allerdings erhielten bei der ersten Präsidentenwahl Sozialdemokratische Partei und Kommunistische Partei zusammen 5955 Stimmen, was damals einen Aus nach links bedeutete. Heute fehlen uns 1248 Stimmen, die uns gewiß nicht verlorengegangen sind, die aber nicht in den Listen in Erscheinung traten, weil viele noch nicht die Scheu ablegen können, sich öffentlich gegen die Fürsten zu bekennen. Die besonders in der Altmärk überall ausgebreitete demagogische Hebe der Reaktionäre gegen den Volksentscheid hat nicht solche Wirkung

gehabt, wie wir befrüchteten, sie hat aber doch viel dazu beigetragen, daß die Beteiligung an der Eingekennung nicht so hoch geworden ist, wie das notwendig gewesen wäre. Die Hauptschuld an der geringeren Zahl der Eingezeichneten gegenüber der Wählerzahl für die Linksparteien trägt der sich immer so neutral, ja demokratisch gebärende „Altmärker“. Und dieses Blatt, das von so vielen Familien der Werktätigen noch immer unterstützt wird, gibt sogar im gewissen Sinne noch seiner Verneinung darüber Ausdruck, daß in Stendal von 5955 Wählern der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei bei der ersten Präsidentenwahl sich nur 4707 zum Volksbegehren eingetragen haben. Der „Altmärker“ kann diesen „Erfolg“ für sich buhen. Dieses Blatt hat täglich gegen die Fürstenteignung gewettert, Hand in Hand mit der deutschnationalen „Tageszeitung“. Geradezu widerlich wirkte die Fürstenteignung und Volkseindigkeit dieses „demokratischen“ Blattes. Wie man uns mitteilt, hat der „Altmärker“ ein „Eingefandt“ von Arbeiterlesern (später als gewünscht gebracht, und auch das für die Enteignung beweiskräftige Material wohlweislich aus dem Eingefandt herausgestrichen. Dann hat er in einer Anmerkung sich tückisch für die Fürsten eingeseht und ein zweites „Eingefandt“ dagegen gar nicht mehr aufgenommen. So unterstützt der „Altmärker“ die untergeschämten Kaufpläne der Fürsten gegen das Volk. Werden die Arbeiterleser nun endlich merken, daß der „Altmärker“, den sie mit ihren Abonnementgeldern unterstützen, ihren eignen Familien schwere Nachteile zufügt? —

Die Arbeiter-Samariterkolonne dankt allen Gebern für die gütige Unterstützung bei ihrer Hausammlung. —

Wiesmarkt findet am Dienstag den 23. März auf dem Plage östlich des Krankenhauses statt. Pferde und Schweine dürfen von morgens 8 Uhr an aufgetrieben werden. —

Ein Lehrgang für Pflanzenschutzdienst findet am 28. März, morgens 9 Uhr, im „Schwarzen Adler“ statt. Es sind folgende Vorträge vorgesehen: 1. Die Aufgabe des Pflanzendienstes und das Zusammenarbeiten zwischen Vertrauensmännern und Pflanzenschutzsammlern. 2. Die wichtigsten Getreidekrankheiten und ihre Bekämpfung. 3. Tierische und pflanzliche Schädlinge im Gackrückenbau. 4. Schädlinge unserer Obstbäume und Gemüsesorten.

Die Beleuchtung der Schabewachten ist nunmehr durch die Nagenlampen ergänzt worden. Die Anlieger dieser Straße haben bei dem Magistrat die Anbringung von zwei weiteren Nagenlampen beantragt. Hierzu hat der Magistrat noch keine Stellung genommen. Die Anlieger wollen nur die Anbringung von Magistrat erlangen, sie selbst wollen die Unterhaltung der zwei weiteren Lampen bezahlen. Die letzte Nagenlampe in der Richtung Südwall ist ungefähr 100 Meter vom Langermünder Tor entfernt und läßt es nach wie vor in völliger Dunkelheit. Bei dem zunehmenden Autoverkehr ist es notwendig, das Tor selbst zu beleuchten. Öffentlich bequemt sich der Magistrat dazu. —

Stadttheater. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, Märchenvorstellung „Der gestiefelte Kater“, abends 8 Uhr, Erkauf-führung des Schwanke „Der kausche Lehemann“; Dienstag „Die Stützen der Gesellschaft“; Mittwoch und Donnerstag das Barockluftspiel „Liselotte von der Pfalz“; Freitag „Der kausche Lehemann“. — Die Spielzeit findet mit dem 2. Mai ihr Ende. Wenn die Preise an der Tageskasse zu hoch sind, dem sei die Erwerbung von Mitgliedskarten der Theatergemeinde empfohlen, da sich dann die Preise um 40 bis 60 Prozent erniedrigen. Anmeldungen werden jederzeit in der Buchhandlung Wefse entgegengenommen.

Polizeibericht. Dem Landwirt Wittkau in Nahrstedt sind in der Nacht zum Freitag zwei Stück 8 Wochen alte Ferkel entwendet worden. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Beherzigt. Morgen (Sonntag) abend 7 1/2 Uhr wichtige Mitgliedserversammlung beim Kameraden E. Schröder. — Großsalze. Die Kameraden treffen sich morgen (Sonntag) um 10 Uhr zum Ballspiel auf dem Schützenplatz. Die Musik übt um 11 Uhr auf dem Schützenplatz. — Goldbed. Die Kreisfahnenweber des kreisf. Osterburg findet am 18. Juni, nicht am 9. Mai in unserm Orte statt. —

Eingefandt.

Für diese Arbeit übernimmt die Redaktion vom Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Neue und alte Radfahrwege.

Daß neue Radfahrwege gebaut werden und somit das schöne Wegenetz um Magdeburg erweitert wird, ist nur zu begrüßen. Wenn aber darüber die bestehenden Wege derartig vernachlässigt werden, daß sie abends nicht ohne Lebensgefahr oder zum mindesten Radbruch befahren werden können, würden diese erst einmal borgehen müssen.

Ein solcher Weg ist der nach Heyrothsberge von Kilometerstein 4 bis zur Wilhelmstraße vor Heyrothsberge. Von Magdeburg bis zum Kilometerstein 4 ist der Radfahrweg tabellos, aber auch die Chaussee in gutem Zustande; aber von dort an sind beide grundschlecht. Eine schnelle Abhilfe ist darum dringend geboten, weil dieser Weg selbst den ganzen Winter hindurch von sehr vielen beruflich benutzt wird, also andern Wegen, die mehr für Vergnügungszwecke befahren werden, vorzuziehen ist. Nützlicher wäre es, man hätte den Weg gar nicht so schlecht werden lassen.

1000 Quartiere gesuch! Osnern, vom 3. bis 4. April, zum Gau-Bundesfest des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“. Quartierlisten liegen aus: Buchhandlung Volkstimme und in drei Filialen des Fahrradhauses „Frischlauf“, Johannisberg 14, Halberstädter Straße 88, Schönebecker Straße 116. —

ES GIBT KEINE WAHL

WER AUF GUTES SCHUHWERK WERT
LEGT - TRÄGT SALAMANDER - SCHUHE.
DENN SIE SIND SCHÖN - GUT - UND
PREISWERT



SALAMANDER

Breiter Weg 48

Magdeburg

Breiter Weg 48

Unzulängliches Wirtschaftsprogramm.

Die Reichstags-Sitzung vom Freitag wird um 1 1/2 Uhr eröffnet und die Haushaltsberatung bei dem Allgemeinen Pensionsfonds fortgesetzt.

Ministerpräsident Rechenstein erklärt, daß die vom Abg. Rohmann gemachten Angaben über die Zahl der höheren Offiziere vor dem Krieg im allgemeinen richtig seien. Es gäbe noch eine Anzahl Pensionäre aus dem Jahre 1914. Sie dürften ein Viertel der Gesamtzahl ausmachen. Die von der Sozialdemokratie gewünschte Aufstellung über die Zahl und Chargen der Offizierspensionäre vor und nach dem Kriege ersuche die Regierung abzulehnen, da sie bei den in Frage kommenden 35 000 Personen eine zu starke Arbeitsbelastung verursachen würde. Gegen eine Umbenennung des Staats in einen Haushalt für Pensionen und Ruhegehälter habe die Regierung nichts einzuwenden. Die Anstellung und Pensionierung des früheren Rechtsanwalts Schmidt in Stuttgart, über die der Abg. Namin (völk.) Beschwerde geführt hatte, sei zu Recht erfolgt.

Damit ist die Aussprache geschlossen. Der Haushalt wird nach den Beschlüssen des Hauptausschusses angenommen. Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Versorgungsgebühren für die Kriegsgeschädigten wird dem Ausschuss überwiesen.

Die Vorlage über die Geltungsdauer einiger Vorschriften der Reichsversicherungsordnung wird ohne Aussprache in drei Lesungen angenommen.

Es folgt die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.

Reichswirtschaftsminister Curtius

legt die Grundsätze, nach denen das Reichswirtschaftsministerium die Wirtschafts- und Handelspolitik führen will, dar.

Die beherrschende Tatsache der Handelsbilanz ist die ungeheure Belastung durch die ungedeckte Lebensmittelfuhr. Wir können aber nicht damit rechnen, daß wir in absehbarer Zeit uns aus der eigenen Scholle vollständig ernähren können. Die Ausfuhr muß also gesteigert werden, um dadurch auch eine Besserung des Inlandsmarktes zu erreichen.

Ein wesentliches Mittel, die Schwierigkeiten, die unsre Ausfuhr fast überall in der Welt vorfindet, liegen in einer erhöhten Aktivität unsrer Handelsvertragspolitik. Aber gerade in den europäischen Ländern, wohin drei Viertel unsrer Ausfuhr geht, erweisen uns besondere Schwierigkeiten. Es kommt also vor allem darauf an, auf einen bessern Handelsausgleich in Europa hinzuwirken.

Von dem Grundsatze der Meistbegünstigung, der leitender Gedanke bei der Handelspolitik ist, darf Deutschland nicht abgehen. Wir müssen besonders bald zum Abschluß eines deutsch-französischen Handelsvertrags kommen. Die

internationalen Eisenwirtschaftsverhandlungen

haben bisher nur zu Teilergebnissen geführt. Es ist Vorzorge getroffen, daß ein Abschluß nicht ohne Genehmigung der Reichsregierung erfolgt. Sie wird alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um den inneren Markt vor einer wirtschaftlich nicht tragbaren Ausnutzung durch die eisenerzeugende Industrie zu schützen. Auch die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen dürften nicht durch die internationalen Eisenwirtschaftsverhandlungen gestört werden.

Mit großer Sorge verfolgt die Regierung auch die Entwicklung unsrer Handelsbeziehungen zu England. Die Schwierigkeiten bestehen darin, daß sich die englische Regierung weder zum Freihandel noch zum Schutz Zoll offen bekennet. Eine Verschlechterung unsrer wirtschaftlichen Beziehungen dürfen wir nicht hinnehmen, durch die die von uns den Engländern gewährte Meistbegünstigung immer wertvoller werde, während die uns gebenden Vorteile auf dem englischen Markte in immer größerem Maße unterhöhlt würden.

Eine unmittelbare Gefährdung der deutschen Sozialpolitik durch das Dawesabkommen ist bisher nicht festzustellen, man muß aber große Sorgen in dieser Richtung haben. Die deutsche Wirtschaft darf natürlich die Vermehrung des Absatzes ihrer Waren nicht durch einen Druck auf das inländische Lohnniveau zu erreichen suchen.

Der Export nach Rußland

soll durch eine Ausfall-Garantie, der allgemeine Export durch die Export-Kreditversicherung gesteigert werden. Den Baumarkt wollen wir durch einen Zwischenkredit

von 200 Millionen Mark beleben. Von der Heranziehung von Auslandskapital hat die Regierung abgesehen. Auf den Ruhrkohlenbergbau drückt vor allem die Subventionierung der englischen Regierung. Sollte sie über den 1. Mai hinaus fortgesetzt werden, so wird auch das deutsche Reichsministerium Mittel zur Unterstützung des deutschen Steinkohlenbergbaues freimachen.

Bei der Gewährung von Reichshilfen ist für die Regierung im allgemeinen das Ziel entscheidend, möglichst viele Hände an ihrer natürlichen Arbeitsstätte zu beschäftigen. Das Reich wie die Reichsbank bemühte sich ernstlich darum, das in Unordnung geratene System vom kurzfristigen Geldmarkt und langfristigen Kapitalmarkt wiederherzustellen. Durch die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts sollen

langfristige Kapitalien

freigemacht werden. Die Bemühungen um die Hebung des Realcredits wurden fortgesetzt, ebenso solche zur Verbilligung der Kredite. Die Banken haben eine Herabsetzung der Provisionsätze in Aussicht gestellt. Bei ihrer Preisregulierungsbetreibung die Regierung keine mechanische Preisregulierung. Diesem Ziele dient das Steuererleichterungsprogramm und die Vorschläge zur Senkung von Gerichts- und Anwaltsgebühren.

Der Minister verbreitete sich dann über den Ausbau der Handels- und Produktionsstatistik, die durch eine Finanzstatistik ergänzt werde. Die Statistik müsse den Weg strenger Objektivität und Neutralität gehen; es sei wünschenswert, wenn sie dem politischen Tageskampf entzogen werde. Für das Gelingen der in Aussicht genommenen Wirtschafts- und Organisationsmaßnahmen auf die Persönlichkeiten und die Organisation an: Wir brauchen einen objektiven Bericht über den Stand der wirtschaftlichen Verhältnisse. Ohne Zweifel macht unsre Wirtschaft einen

Umstellungsprozess größten Ausmaßes

durch. Anpassung und Konzentration, Zerstörung und Not, die mit dieser Umstellung unvermeidlich sei, müssen ertragen werden, weil nur dieser Weg Deutschland wieder ins Freie führen wird. Voraussetzlich werden wir noch längere Zeit mit einer hohen Arbeitslosigkeit zurechnen müssen. Wir müssen dem durch großzügige Siedlung und Verpflanzung von Arbeitskräften auf das Land entgegenwirken. Die Möglichkeiten eines weitern Ausbaues der Beaufsichtigung der Kartelle und des Eingreifens gegen Mißbräuche sollen in einer besonderen Kommission geprüft werden.

Im übrigen beabsichtigt das Reichswirtschaftsministerium, in ständiger Fühlung mit den einzelnen großen Spitzenverbänden sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter zu bleiben.

Abg. Simon (Franken, Soz.):

Wenn wir uns die Frage vorlegen, ob das Reichswirtschaftsministerium die ihm gestellten Aufgaben erfüllt hat, so müssen wir bei aller objektiven Würdigung doch zu dem Ergebnis kommen, daß dies nicht der Fall ist. Der Minister, der für die Politik dieses Ministeriums in der zurückliegenden Zeit verantwortlich ist, ist leider nicht mehr an seinem Platze. Aber trotzdem ist es notwendig, sich mit dieser Politik kritisch auseinanderzusetzen, vor allem deshalb, weil sie für die Wirtschaft, zu deren Gütern dieses Ministerium bestellt ist, geradezu verberlich war.

Die Handelspolitik ist zu einem großen Fiasko geworden. Sie stand bisher im Zeichen des Schutzzolls. Wie schädlich die jetzt von der Reichsregierung betriebene Handelspolitik ist, soll an einigen Zahlen nachgewiesen werden.

An der Spitze steht das deutsch-französische Problem.

Soeben wurde ein Provisorium abgeschlossen, das nach amtlicher Auffassung einen Warenautausch von etwa 6 Millionen, für jede Seite 3 Millionen zusätzlich ermöglichen soll. Dagegen betrug der gesamte Export Deutschlands nach Frankreich im Jahre 1925 rund 160 Millionen Mark. Das Provisorium bedeutet also günstigstenfalls einen Tropfen auf den heißen Stein. Vor dem Kriege betrug der deutsche Export nach Frankreich beinahe 800 Millionen Goldmark, die unter Berücksichtigung der Geldentwertung rund 1200 Millionen Goldmark heutigen Wertes entsprechen würden. Der Export nach Frankreich ist also um rund 1 Milliarde Goldmark zurückgegangen. Selbst angenommen, daß in diesem deutschen Export zwei Fünftel ausländische Rohstoffe und Vorarbeit enthalten waren, bleibt doch ein Exportverlust an deutscher Arbeit im Werte von 600 Millionen übrig, der eine Arbeitslosigkeit von 350 000 Arbeitern bedeutet.

Wir verkennen nicht die großen Schwierigkeiten, die bei den deutsch-französischen Verhandlungen bestehen. Wir sehen aber die größte Schwierigkeit darin, und hier beginnt die Schuld der deutschen Regierung, daß sie die deutschen

Eigenzölle im Interesse der Schwerindustrie

aufrechtzuerhalten sucht und im Interesse der Schwerindustrie die Verhandlungen verwickelt. Wir haben die Befürchtung, daß das Provisorium zur weiteren Verschleppung der Verhandlungen führen wird. Wir halten das für verberlich, um so mehr, als gerade neuerdings die Schwerindustrie ganz offen den Preisabbau der Regierung hinter ihrem Rücken zu sabotieren magt.

Im deutsch-spanischen Außenhandel ergibt sich ein Exportverlust von 16 Millionen Mark in einem Vierteljahr, und das bedeutet eine weitere Arbeitslosigkeit für 40 000 Arbeiter.

Der Zollkrieg, den wir seit dreiviertel Jahren mit Polen und Danzig führen, hat der deutschen Wirtschaft sehr schwere Schläge versetzt. Auch hier sehen wir, wie bei Spanien, im zweiten Quartal eine aktive Handelsbilanz, vom dritten Quartal ab aber, als der Zollkrieg seine Wirkung zeigte, sehen wir eine steigende

Passivität auf Kosten des deutschen Exports.

Vom zweiten zum dritten Quartal ist der Export an Fertigwaren allein um 43,1 Millionen zurückgegangen, das bedeutet bei der gleichen Berechnung wie bei Frankreich und Spanien einen Verlust, der einer Arbeitslosigkeit von 80 000 Arbeitern entspricht. Wir haben also die Tatsache festzustellen, daß durch den hier ausgezeigten Exportrückgang, der auf das Konto der Handelspolitik der Regierung zu setzen ist, etwa 470 000 Arbeitslose mehr geschaffen wurden. Diese Berechnung gewinnt um so mehr an Wahrscheinlichkeit, weil die starke Vermehrung der Arbeitslosen gerade in das dritte und vierte Quartal 1925 fällt. So sieht die Bilanz der Handelspolitik der Regierung aus.

Auch die übrigen Maßnahmen oder Unterlassungen des Reichswirtschaftsministeriums haben wesentlich zur Verschärfung der Wirtschaftskrise und damit zu der großen Arbeitslosigkeit beigetragen. Anfurberung der Wirtschaft, Nationalisierung und Preisabbau usw. sind Schlagwörter geworden, hinter denen sich die

Bestrebungen auf Herabsetzung der Löhne

und Gehalte der Arbeiter und Angestellten verbergen. Die Regierung bereitet schon seit Monaten einen Gesetzentwurf zum Preisabbau vor. Was ist bisher dabei herausgekommen? Das Sinken des Großhandelsindex ist auf das Sinken des Roggenpreises zurückzuführen, das ist aber nicht das Verdienst der Regierung, sondern die Folge der guten Ernte. Wenn es nach dem Willen der Regierung gegangen wäre, dann hätten wir eine Senkung, sondern eine Steigerung des Großhandelsindex gehabt, denn der Preis der Rohstoffe war doch, den Preis für Getreide zu steigern. So wie die Politik des Preisabbaues bisher be-

Sie husten?

Am dies Jahreszeit greifen Lungenentzündung und Luftröhrenentzündung, die durch gewöhnliche Erkältungen und Husten verursacht werden, um sich, und wer klug ist, nimmt sich davor in acht. Um Lungen- und Brustbeschwerden zu vermeiden, oder wenn man sie einmal hat, sich schnelle und sichere Heilung zu verschaffen, besorgen Sie sich in der Apotheke eine kleine Flasche dreifach konzentrierten Anhy-Extrakt, — ein durchaus zuverlässiges Heilmittel aus alten Zeiten, das nur ganz wenig kostet und viele schwere Krankheiten verhütet hat. Ein paar Tropfen von diesem Sirup auf einem Stück Zucker heilen die Entzündung der Schleimhäute, beschaffen den Lungen und Atmungsorganen Erleichterung und bereiten die Brust von dem Beklemmungsgefühl wie es nichts anderes tun kann. Dreifach konzentrierter Anhy-Extrakt ist kein schädliches Gift oder Betäubungsmittel; es hat einen angenehmen Geschmack und kann jederzeit von jung und alt eingenommen werden. Leuten, die oft an Hals- oder Brustbeschwerden leiden, wird dringend angeraten, einen Versuch mit diesem altbekannten Sirup zu machen.

Anhy hat folgende Zusammensetzung: 1,82 g. Ol. pin. pumilionis, 0,70 g. Ol. menth. sp. germ., 20 g. Spirit. vin. rectif., 2 g. Menthol, 0,2 g. Guajacol, 23 g. aqua dest. 16 g. Sirupus pruni virg.

Der einsame Weg.

Von Hanns G. Faber.

(5. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Meine Seele zittert und das Herz schlägt gegen die Rippen wie gefangener Vögel ängstlicher Flügelschlag gegen Käfiggitter. Aino lehnt sich wieder gegen mich, und während sie das Bild langsam sinken läßt, fühle ich, zum erstenmal, wie warm ihre kleine runde Brust ist. Ach, Aino, mach' andrer, der mich damals kannte, würde mich auch heute nicht erkennen, der Carl, der den Mund verdeckt, die Furchen, die sich von der Nase zu den Mundwinkeln herab mir tief ins Gesicht rissen und der Lächeln durch die Stirn, der das linke Augensid zer schnitt ...

„Wer ist das?“

„Ein Bekannter ... Eine Bekannte ... Ein Bekannter ...“

„Ein Bekannter, eine Bekannte, ein Bekannter,“ schmolzt Aino, natürlich. Du wirst doch nicht die Bilder von Unbekannten aufheben. Sag doch den Namen.“

„Trude,“ sag ich, und im Gehirn klingt es weiter: „Trude, Trude, Trude, Gertrud, und ich fühle, wie der Name längst Totgeglaubtes wieder wahrtrüffelt. Trude, Trude, Trude.“

Eine Seite, die lange nicht mehr berührt wurde, klingt nicht mehr hell und klar wie einst, denn Staub liegt darauf. Und doch klinge sie, und in der Höhe und in der Tiefe klingen. Leiser, verwandte Töne mit. Trude von Brunn. Trude von Brunn ... der Lächeln in meiner Stirn macht sich fühlbar, fühlbar das gelähmte Augensid ... Trude von Brunn ... und der mich schlug, der ... jetzt ... vielleicht gerade jetzt in diesem Augenblick ...

„Witzer, ich weiß, Sie sind ein guter Mensch. Nehmen Sie's nicht so schwer ... ich hab doch auch Verpflichtungen ...“ Trude nannte mich „Sie“, nannte mich einen guten Menschen ... und Verpflichtungen ... durch die englischen Fenster konnte ich das verhaßte, geistlose Gesicht sehen ... wie kam der Klavierstapel plötzlich in meine Hand, warum plitterte die Scheibe, und warum schrie Trude wie in Todesnot, und was wollten hernach die feierlichen Leute ... und was bedeutete der Morgen ... im Tau ... und der Wind jachte ... schwarze Flecken mit weißer Hemdbrust im grünen Gras ... und meine Hemdbrust wurde plötzlich rot, und während sie die Kadeln legten, wurden untertändliche Reden gesprochen ... Genüge geschehen ... Von seiten meines Partners ...

„Sie ist sehr schön.“

„Ich wache auf.“

„Wie alt ist sie?“

„Damals war sie zweimundzwanzig Jahre alt,“ weidete ich aus.

„Ach, so alt ...“ Alles, was älter ist als achtzehn Jahre, ist so alt.“

„Sie ist meine Jugendfreundin, nun ist sie schon eine alte Frau.“

Eitelkeit, die selbst in der finnischen Einside nicht losläßt. Warte ich nicht darauf, daß Aino ausruft: „Aber da kann sie ja so alt noch nicht sein.“

Aber Aino hat schon wieder andre Bilder zwischen ihren Fingern. Merkwürdig. Landschaften fesseln sie gar nicht. Da sind doch Bilder aus aller Welt. Aber die Bilder mit mochtig gekleideten Menschen, die hält sie lange in der Hand. Da ist eins von einem Hofball. Wohl zehnmal schon nahm sie das immer wieder auf. Wenn sie es weglegt, so legt sie es neben den Stof, so daß sie gleich danach greifen kann. Es heißt Aino. Das merke ich. Nun holt sie aus der Truhe ein kleines Paket. Es ist in Seidenpapier eingeschlagen. Es klirrt. Meine Ordensschnalle. Auch die hab ich mit hergeschleppt. Die Schnalle mit dem Frühstücksorden ... nein, nicht unecht tun. Es sind auch Kriegsorden dabei.

Und gleich lachen wir beide herzlich.

Sonst ist da nicht viel in der Truhe. Briefe meist. Die interessieren sie nicht. Aber das Postbild.

„Erzähl mir doch etwas von dem Feste.“

Nun muß ich erzählen, aber vor allem ganz genau, was die Damen für Kleider anhaben.

„Goldene Schuhe?“

„Nein, es waren weiße.“

„Achhh, ich dachte goldene.“

„Nein, aber sehr schöne weiße, lederne. Und weiße seidene Strümpfe.“

Aino blüht nachdenklich auf ihre schlanken, jetzen Waden. Keine Bronze. Den ganzen Sommer geht sie ohne Strümpfe. Aber Sandalen ließ ich aus Helsinki kommen. Die trägt sie.

„Und die Kleider und der Schmuck?“

Ach Eva, wie bist du so gleich überall. Wie liegt dir die Freude am Schmücken im Hute.

Nun passen wir wieder alle Sachen in die Truhe. Zu oberst, als wäre es Zufall, legt sie das Bild vom Hofball. Sie wick's heimlich betrachten wollen, daher schloß ich die Truhe nicht ab.

Etwas Schönes hab ich da angerichtet mit der Truhe. Gestern morgen ging ich aus dem Haus, um nach den Gestirngeln zu sehen. Früh um vier. Aino schlief noch. Sie hat so einen festen, gefunden Schlaf. Stehe ich früh auf, so wärgt sie sich vielleicht von einer Seite auf die andre, murmelt auch wohl ein paar Worte, aber sie wacht nicht auf. Auch nicht, wenn ich die Decken über sie ziehe, denn sie trampelt sich immer nachts bloß, und manchmal muß ich zögern, ob ich sie zudecke, obwohl's doch kalt ist — es ist ein Bild in rührend reiner Unschuld: die bernsteinfarbenen Glieder im Weiß, und durch den Bernstein schimmernd es leucht rot. Rot aber schimmern die Decken.

halbversteckt unter blondem Gold, rot die Wangen und rot die Knoche der knabenhaft herben Brüste.

Als ich heimlehre, schaue ich durchs Fenster. Da sitzt mein Mädel am Tisch und hält doch wirklich zwischen den Händen das Postbild. Ich wage nicht, mich zu bewegen. Unabsichtlich belausche ich sie, ich möchte nicht in den Verdacht eines Spähers kommen. Nun steckt sie das Bild wieder in die Truhe und faltet ein Blatt zusammen, das vor ihr auf dem Tische lag ... eine alte Modezeitschrift, weiß Gott, wie die hierher kam. Die legt sie sorgsam auf den Schrank. Leichtfüßig springt sie vom Stuhl, und bei der heftigen Bewegung ihres Kopfes flattern ihr die Haare ins Gesicht und blitzen auf, getroffen von der Morgensonne. Wie schön sie ist. Wie ein Figürchen aus Goldbranze, dem man ein schwebendes Leinen überwarf ...

Sie hat den Krug genommen und gießt Wasser in die Schale. Nun Seife her ... Und wie ich ins Zimmer trete, sehe ich wieder das Bild, das — oft gesehen — mich doch jedesmal wieder die Größe meines Bettes ahnen läßt: Das liebe, liebe Kindergeicht im Kampfe mit Seife und Wasser.

„Aino.“

Mit einem jubelnden Schrei fliegt sie auf mich zu und ich fange sie auf, wie sie an mir hoch springt, und presse sie an mich. Ihr naßes Gesichtchen legt sich an meine Wange und ich trinke behutsam die reinen, feuchten Kinderküße von ihrem Munde. So ist's immer, wenn ich morgens aus war. Immer des Wiedersehens stürmischer Jubel, als hätte die Trennung Wochen gewährt.

Die Milch ist heiß auf dem Ofen und auch die Grütze. Ich trotte hin und her, zwischen Tisch und Schrank und stelle auf, was wir brauchen: Zwei Tassen, zwei Leller, zwei Messer, zwei Löffel. Das schwarze und das weiße Brot, die Butter, die Grütze, die Milch und — den Honig. O, Honig, der geht ihr über alles. Und sie, die kleine Prinzess, läßt mich ruhig arbeiten und beendet dabei ihre Toilette. Dabei aber steht ihr Mündchen nicht einen Augenblick still: ... und denk dir, da kam auf einmal noch ein Bar und noch einer, und auf einmal waren viele Waren da, und alle wollten sie mit mir tanzen, ich hatte auch gar keine Angst, aber gerade, wie wir anfangen wollten, da wachte ich auf — schade, nicht? Man macht überhaupt immer auf, wenn's gerade schon werden will. Nicht? ... Nun bin ich fertig.“

Ich auch. Ich streiche ihr das Brot. Das muß ich immer tun. Sie aber läßt kunstvolle Honigringel auf die Scheibe träufeln. Grütze leckt sie nicht. Es ist jedesmal ein stiller Kampf. Ich schöpfe einen gewaltigen Löffel auf und seße sie dabei an. Sie schmolzt, macht ein schieres Mündchen, dann betteln ihre Augen und schließlich lacht sie froh dankbar hell auf, weil ich ein klein, ein ganz klein wenig zurückschöpfte. Nach dem Morgeneffen aber fordert der Tag seine Arbeit.

(Fortsetzung folgt.)

lieben würde, muß sie unwirksam bleiben. Vom Kampfe der Polizei gegen den Kleinhandel ist keine Wirkung zu erwarten. Will man den Preisabbau wirksam beginnen, dann muß man dort ansetzen, wo er am meisten volkswirtschaftlich wirkt und muß sich diesen Mittel bedienen, die automatisch eine Senkung des Preisniveaus herbeiführen. Diese Mittel sind vor allem unsere alten Forderungen auf Befestigung der Eisenzölle und Herabsetzung der Kohlenpreise.

In der gleichen Richtung liegt der Abschluß von Handelsverträgen. Er zwingt zur Preisgabe der überhöhen Zölle, die jetzt die deutsche Produktion belasten und die Preise auf einer übermäßigen Höhe halten. Dazu gehört auch die Forderung einer besseren

Kontrolle der Kreditpolitik der Banken.

Die Arbeitslosigkeit ist gerade am stärksten in den Berufen, die für den unmittelbaren Bedarf des Volkes arbeiten, also in den Konsummittelindustrien. Diese Industrien sind aber vorwiegend auf den Absatz in Deutschland selbst angewiesen. Den schließlichen Beweis für meine Darstellung erbringt die vom Reichsarbeitsblatt veröffentlichte Statistik über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden.

Es wird viel von Rationalisierung und von Reinigungsstrife gesprochen. Aber mit der Herabsetzung der Löhne und Gehälter kann kein Betrieb rationalisiert, kann die Produktion nicht verbilligt werden. Nicht die produktiven, sondern die unproduktiven Gehalte verteuern heute die Produktionskosten. Überall finden wir eine Ueberwälzung in den leitenden und hochbezahlten Stellen. Neben führt Beispiele an und fährt dann fort:

Wenn so gewirtschaftet wird, darf man sich nicht wundern, daß die Gesundung der Wirtschaft so langsame Fortschritte macht. Nicht Abbau der Löhne, sondern

Abbau des teuren Verwaltungsapparats

in Banken und Industrie ist zur Gesundung notwendig. Wenn wir unseren Export steigern wollen, so dürfen wir keine Schundware liefern, sondern hochwertige Qualitätsarbeit leisten. Glaubt ein vernünftiger Mensch, glaubt das Reichswirtschaftsministerium, daß wir bei niedrigeren Löhnen hochwertige Qualitätsware liefern können? Statt daß das Wirtschaftsministerium gerade hierüber aufklärend wirkt, sehen wir, daß es wiederholt seinen Einfluß in der Richtung auf Lohnsenkung ausübt hat.

Wir behaupten aber auch, daß die Ausfäden der deutschen Wirtschaft gar nicht so ungünstig sind, wie es von den Vorkämpfern des Lohnabbaus behauptet wird. Die Zeichen eines Wiederaufschwungs sind deutlich genug. Auch die Reichsregierung hat ja ihr Steuerprogramm, wenn ich so sagen darf, auf Sanjsepekulation auf. Sie rechnet offensichtlich damit, daß der größte Teil des Ausfalls infolge der Steuerermäßigung durch den Aufschwung der Wirtschaft wieder eingebracht werden wird. Das ist zwar keine vorzügliche Politik, aber eine Politik, die deutlich genug zeigt, was die Reichsregierung von den kommenden Monaten erwartet. Diese Auffassung hat nicht nur unsere Regierung, auch Mr. Harriman, dem man einiges wirtschaftliches Verständnis zutrauen darf, hat gerade jetzt ausgesprochen, daß das Jahr 1928 das beste Jahr der deutschen Wirtschaft seit Kriegsende sein werde. Mag das auch übertrieben sein, so läßt sich doch so viel sagen, daß

Die Krise im Abflauen ist.

In diesem Augenblick die Löhne abzubauen, würde den Beginn des Aufschwungs nur verzögern.

Noch andre Gründe sprechen für die Annahme, daß die Arbeitslosigkeit in nächster Zeit zurückgehen wird. Einer dieser Gründe ist die Tatsache, daß die Regierung endlich unserm Verlangen nachgegeben hat und Mittel für die diesjährige Bauperiode zur Verfügung stellen will. Auch bei dieser Gelegenheit muß man sich gegen dazugegen wenden, daß die Wohnungsbauabgabe nicht ihren eigentlichen Zweck zugeführt wird. Wird der Baummarkt angeregt, werden endlich die fehlenden Wohnungen wenigstens zu einem Teile erstellt, so wird das früher zur Befreiung der ganzen Wirtschaft beitragen.

Ich beschränke mich auf diese wenigen Ausführungen, verweise aber noch auf die Denkschrift der Spitzenverbände der Gewerkschaften, die für die Gesundung der Wirtschaft sehr beachtenswerte Vorschläge macht und deren Befolgung weit eher zur Gesundung führen wird, als die Vorschläge, die von Unternehmern an die Regierung gelangen. Wir wissen sehr gut, daß auch durch diese Vorschläge Rat und Glend in der arbeitenden Bevölkerung nicht befristet, sondern nur gelindert werden können. Die Wirtschaftskrisen sind Begleiterscheinungen der privatkapitalistischen Produktionsweise. Diese Wirtschaftskrisen werden erst dann beseitigt werden, wenn die Wirtschaft nicht mehr dem privaten Profitinteresse, sondern der Forderung des Bedarfs des Volkes dient. (Lebhafter Beifall h. d. Sz.)

Nachdem die Abgg. von Stauffenberg (D.-Nitt.), Meyer (Dem.), Dessauer (Ztr.), Roenen (Somm.), Senning (Nitt.) und von Kaumer (N. Sp.) zu Worte gekommen sind, wird die Beratung des Wirtschaftsausschusses abgebrochen.

Der Haushalt des Reichstags wird darauf ohne Ansprache angenommen.

Gegen 7 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Sonnabend 12 Uhr: Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsausschusses.

Preussischer Landtag.

In einer mehr als 4stündigen Abstimmungsschicht wurde am Freitag im Preussischen Landtag der Hauptkampf um die

Gestaltung der neuen Hauszinssteuer

durchgeführt. Mehr als ein Drittel namentlicher Abstimmungen wurde bei den umstrittenen Punkten der neuen Steuerborlage vorgenommen.

Mit der Annahme des § 1 wird der Grundsatz festgelegt, daß in Durchführung der reichsrechtlichen Vorschriften über den Geldwertausgleich bei bebauten Grundstücken die Hauszinssteuer erhoben wird. Die Steuer soll

am 1. Juli 1926 statt am 1. April

in Kraft treten. Die vielumstrittene Frage über die Einbeziehung der Landwirtschaft wurde bedauerlicherweise zugunsten der agrarischen Kreise entschieden. Angenommen wird der Zentrumsantrag Herold, der die bebauten landwirtschaftlichen Grundstücke ohne die Fischereibetriebe von der Steuer befreit.

Desgleichen fand Annahme die deutsche nationale Forderung, wonach als bebauten Grundstücke die Gebäude einschließlich der Hofräume und Maschinenanlagen und andre Einrichtungen für gewerbliche Zwecke sowie die mit dem Eigentum am Grundstück verbundenen Rechte steuerfrei bleiben.

Ferner wurden mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien die Anträge auf

Befreiung der Dienstwohnungen der Geistlichen

und Kirchendiener sowie der hauptamtlichen Kultusdiener der mit Korporationsverhältnissen verbundenen Religionsgesellschaften durchgedrückt. Die halbe Befreiung der Gebäude und Gebäudeteile, die ganz oder überwiegend gewerblichen Zwecken dienen, wurde abgelehnt.

Bei Einfamilienhäusern, die nur vom Eigentümer bewohnt werden und nicht mehr als 120 Quadratmeter Wohnfläche haben, darf, wie ein angenommener sozialdemokratischer Antrag

Das Blatt des Volkes

Volksstimme!

ist die
Für
Demokratie, Republik, Sozialismus, Freiheit und Frieden.

Volksstimme!

fordert, die Steuer gestundet oder niedergelegt werden, wenn ihre Beibehaltung eine unbillige Härte darstellt. Der § 18 mit den Schutzmaßnahmen für minderbemittelte Mieter wird angenommen. In der Verteilungsfrage bleibt es bei dem Auszahlungsbefehl: zwanzig Vierzigstel für die Bauartigkeit und zwanzig Vierzigstel für den Finanzbedarf. Abgeändert wird der Staatsanteil für Wohnungsbau auf sechs Vierzigstel (statt sieben Vierzigstel) und der Gemeindeanteil auf vierzehn Vierzigstel (statt sieben Vierzigstel). Das Gesetz wird bis zum 31. März 1928 befristet.

In der dritten Lesung des Hauszinssteuergesetzes wird die sozialdemokratische Forderung nach einmal mit aller Kraft versucht, die durch die Abminderung geschaffenen Ungerechtigkeiten, vor allem die Befreiung der Landwirtschaft, wieder zu beseitigen.

Vor der Abstimmung nahm bei der Beratung des Etats des Innenministeriums auch der Innenminister Severing das Wort. Er besprach den Fall der

Auslieferung des Kommunisten Schärer

durch deutsche Polizeibeamte an französische Behörden. Der Minister betonte, daß die Beamten sich nicht unter Umgehung ihrer Vorgesetzten unmittelbar an die Bejahungsbehörden wenden dürften. (Sehr richtig! links.) Die Sache ist der zuständigen Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Der Minister ging dann noch auf die Behandlung der rechts- und linksradikalen Kampfororganisationen ein. Er versicherte, er werde als Polizeiminister diese Organisationen stets gleichmäßig behandeln. (Sehr richtig! links.)

Sonnabend Weiterberatung.

Zur Erwerbslosigkeit.

Die Erwerbslosigkeit hat im Reiche eine weitere Ausdehnung erfahren und bildet mit ihrer Unproduktivität eine erhöhte Belastung des Wirtschaftslebens. Die Zahl der Unterstützten stieg in Deutschland im Januar von 1 498 000 auf 2 030 000. Dagegen ist die Zahl der Erwerbslosen noch weit höher, da sehr viele Arbeitslose keine Unterstützung erhalten, trotzdem auch hier die Bedürftigkeit ohne weiteres zu bejahen ist.

Der Ausgang der Wirtschaftskrise liegt in der Produktionsindustrie, in der Schwerindustrie, im Holz- und Baugewerbe und in der chemischen Industrie. Fehlen dem Metallarbeiter, dem Bau- und Holzarbeiter die Mittel zum Einkauf des täglichen Brotes, werden die Bäder einen Produktionsrückgang erfahren und damit auch die Mühlen in Mitleidenschaft ziehen, die wiederum zu Entlassungen schreiten. Auch die Landwirtschaft, ganz besonders der kleine Bauer spürt arg den zurückgehenden Verbrauch, weil seine Getreidevorräte unverlangt und unverzinst in den Scheunen liegen, während andererseits das Geld für die Neubestellung der Acker fehlt. Wie die Erwerbslosigkeit in der Produktionsindustrie die Lohnsetzung der Verbrauchsgüterindustrie, also der Lebensmittelindustrie nach sich zieht, geht aus folgender Reichsstatistik hervor:

Erwerbslos waren 1925 in der Schwerindustrie: im Oktober 6,8 Prozent, im November 13,7 Prozent, im Dezember 25,1 Prozent; in der Verbrauchsgüterindustrie: im Oktober 4,7 Prozent, im November 7,2 Prozent, im Dezember 13,3 Prozent.

Bei der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit muß man dem Ausgangspunkt begegnen und hier alle verfügbaren Mittel in Anwendung bringen. Die Beschäftigung der Eisenindustrie, der chemischen Industrie und des Baugewerbes wird automatisch einen Rückgang der Erwerbslosigkeit nach sich ziehen, wird die Steigerung der Lebensmittelverarbeitung herbeiführen und dem Erzeuger Mittel bringen, um erforderliche Kräfte in der Landwirtschaft zu beschaffigen.

Die Krise in der Schwerindustrie beruht in erster Linie auf einer Beschränkung des Absatzes im Auslande. Während im Jahre 1913 die gesamte Ausfuhr 10 Milliarden Mark betrug und die Einfuhr 11 Milliarden, betrug im Jahre 1925 die Ausfuhr nur 9 Milliarden und die Einfuhr 13 Milliarden Mark. Dabei sind ganz besonders die Wertveränderungen infolge der Geldentwertung zu berücksichtigen und vor allem auch die bedeutenden Abgaben, die Deutschland infolge des Krieges zu leisten hat. Die ausländische Konkurrenz ist heute viel mehr in der Lage, durch starke Anwendung der technischen Hilfsmittel billig und gestützt durch Geldmittel langfristige zu liefern. Während der Reichsbankdiskont noch im Jahre 1925 in Deutschland 9 Prozent betrug, waren die Diskontsätze in England nur 5 Prozent und in Amerika sogar nur 4 Prozent. Die Vierzehner deutscher Waren nach dem Auslande wurde infolge des Geldmangels oft abgelehnt, da bei den Produzenten das Eigenkapital nicht ausreichte und die Verzinsung der Kredite den Gewinn auffraß.

Eine leichte Besserung ist allerdings in den letzten Monaten auf dem Geldmarkt eingetreten. Der Reichsbankdiskont ist von 10 Prozent im Jahre 1924 auf 9 Prozent im Jahre 1925 und auf 8 Prozent Ende Januar 1926 herabgegangen. Das Monatsgeld fiel noch bedeutender, und zwar von 25,3 Prozent im Jahre 1924 auf 7,9 Prozent Ende Januar 1926. Das flüssige Geld in der letzten Zeit kam aber der deutschen Wirtschaft nur im geringen Maße zugute, da das Vertrauen zur inländischen Industrie stark gesunken ist. Bezeichnend ist es, daß sogar von deutschen Börsen namhafte Beträge nach Amerika verliehen wurden, trotzdem die Verzinsung im Auslande weit geringer war. Das gesunkene Vertrauen ergibt sich wiederum durch die große Zahl der Konkurse, die bereits im Januar 1926 auf 1968 gestiegen sind. Später und Banken ziehen eine geringe Verzinsung der Unsicherheit einer Kapitalanlage vor und so geht das Geld der deutschen Wirtschaft verloren. Wenn aber die Banken trotzdem Geld ausleihen, verlangen sie auf Grund der Risiken ungemein hohe Provisionsätze, so daß die inländische Industrie auf solche „Silber“ verzichten muß, oder aber viel zu teuer produziert. Deswegen mußte auch die Aktion der Regierung auf Senkung der Preise erfolglos bleiben. Nun versucht man es neuerdings mit dem Abbau der Löhne und glaubt, damit einen Ausweg aus der Misere gefunden zu haben.

Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß die Konkurrenz und Geschäftsaussichten einen Anstoß für den Stand des Wirtschaftslebens bilden. Der Umstand, daß in den letzten Jahren, besonders in der Inflation die Zahl der Aktiengesellschaften von 4800 im Jahre 1918 auf 17 000 im Jahre 1924 und die Zahl der G. m. b. H. sogar von 17 000 auf 79 000 stieg, beweist, wie gesund der Wirtschaftskörper ist, der nach einer Ausschweimmung eine gründliche Abkehrung durchmachen muß. Was also der Uneingeweihte als Krankheit ansieht, ist ein Gesundungsprozeß, der wohl für die Betroffenen hart, aber für die Allgemeinheit eine Notwendigkeit bildet.

So ergibt sich in dieser schweren Zeit mit ihrem grenzenlosen Glend und bedauerlichen Folgeerscheinungen doch ein Lichtblick, und zwar der, daß trotz weiterer Entlassungen und Stilllegungen das Wirtschaftsleben langsam, aber stetig gesundet. Ein schwacher Trost, aber doch ein Trost, der hinreichen dürfte, daß die Hoffnung über die Verzweiflung siegen wird.

Paul Bach.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Katzensprung Pflaster

 Preis 50Pfg
 Gicht, Rheuma, Glieder Schmerzen



Alle wirklichen Qualitätsraucher,
 die noch nicht zu unserer Kundschaft gehören, bitten wir, einen Versuch mit
JOSETTI Cigaretten
 zu machen, weil wir wissen, daß uns diestets vorzüglichen Qualitäten unserer Fabrikate neue treue Anhänger zuführen werden.

JOSETTI CIGARETTEN

KON LINON

